

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

C D E

Finale im Calmette-Prozeß

Gefängnisurteil in Lübeck

Nur Prof. Klotz und Schwester Schütze freigesprochen

Bei Redaktionsschluß wird aus Lübeck gedrahtet :

Am Sonnabend um 18 Uhr verkündete das Gericht im Lübecker Calmette-Prozeß folgendes Urteil: Prof. Deyke wird wegen fahrlässiger Tötung in Tateinheit mit Körperverletzung zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren, Prof. Dr. Altstedt wegen Vergehen der fahrlässigen Tötung in Tateinheit mit fahrlässiger Körperverletzung zu einem Jahr drei Monate Gefängnis, die Angeklagten Prof. Klotz und Schwester Anna Schütze werden freigesprochen.

Die Kosten des Verfahrens tragen die Angeklagten, soweit sie verurteilt wurden, soweit Freispruch erfolgte, trägt sie die Staatskasse.

Staatsstreich in Memel

Königsberg, 6. Februar.

Nach den soeben bei Königsberger Blättern aus Memel eingegangenen Nachrichten ist der schon seit langem geplante litauische Staatsstreich in Memelgebiet zur Tatsache geworden. Der Präsident der Memeler Landesregierung wurde am Sonnabend vormittag von litauischen Offizieren im Landesdirektorium festgenommen und in einem Auto entführt. Mit der Führung der Regierungsgeschäfte hat Gouverneur Merkys, unter Außerachtlassung des autonomen Status, einen großlitauischen Landesrat beauftragt.

*

Zu dem litauischen Staatsstreich im Memelgebiet erfährt die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ noch folgende Einzelheiten: Der Gouverneur des Memelgebietes, Merkys, war am Sonnabend früh aus Kowno zurückgekehrt. Bald darauf erschien er im Landesdirektorium. Nachdem er erklärt hatte, daß die von ihm zu ergreifenden Maßnahmen auf Veranlassung der Kownoer Zentralregierung durchgeführt würden, verlangte er von einem der im Landesdirektorium anwesenden Direktoren, er solle die Führung der Geschäfte übernehmen, was von diesem selbstverständlich abgelehnt wurde. Darauf setzte der Gouverneur einen politischen großlitauischen Landesrat ein und ernannte zu dessen Geschäftsführer den Landesrat Tolischus. Die Geschäftsräume des Präsidenten Böttcher ließ der Gouverneur versiegeln. Die Telephone des Landtags, des Magistrats und des Gerichts wurden gesperrt. Ebenso wurde auch das Telephon zum deutschen Generalkonsulat als „gestört“ bezeichnet. Nach den letzten Meldungen soll der verhaftete Präsident Böttcher in die litauische Kaserne in Memel gebracht worden sein.

*

Klage beim Völkerbund?

TU. Irlin, 6. Februar 1932

In Berliner politischen Kreisen hat der litauische Gewaltstreich im Memelgebiet größtes Aufsehen erregt, um so mehr, als der litauische Gesandte in Berlin erst am Sonnabend der vergangenen Woche im Auswärtigen Amt offiziell erklärt hat, daß die Gerüchte über einen Putsch jeder Grundlage entbehren und daß die litauische Regierung das Memelabkommen auch weiter achten werde. Es wird hierin ein offensichtliches Täuschungsmanöver der litauischen Regierung erblickt.

In politischen Kreisen nimmt man an, daß die Regierung sofort ein Verfahren gegen die litauische Regierung beim Völkerbund anhängig machen wird, wozu Deutschland auf Grund des Memelabkommens berechtigt ist. Welche

Maßnahmen sonst noch gegen Litauen zur Anwendung gebracht werden, um den Rechtszustand wieder herzustellen, ist noch nicht bekannt. Der Heimatbund Ostpreußens hat an das Auswärtige Amt folgendes Telegramm gerichtet: „Der litauische Vertrauensbruch in Memel erfordert unverzüglich deutsche Gegenmaßnahmen sowie Dringlichkeitsbeihilfe in Genf.“

Schreckensurteile gegen Kommunisten

Der Stundenplan als Mordplan

In dem Essener Kommunistenprozeß wurden folgende Urteile gefällt:

Die Angeklagten Zingel und Wolff werden wegen gemeinschaftlichen Totschlags in Verbindung mit versuchtem Totschlag, Raufhandel, verschiedener Waffendelikte und Geheimbündelei zu

je zehn Jahren drei Monaten Zuchthaus verurteilt. Die Angeklagten Verseck und Schuler wegen derselben Delikte zu je acht Jahren drei Monaten Zuchthaus. Von den übrigen Angeklagten werden sechs zu Gefängnisstrafen von fünf Monaten bis drei Jahren verurteilt, während zwei freigesprochen werden. Den ersten vier Angeklagten werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt.

Gegenstand des Prozesses war die Erschießung des Nationalsozialisten Felgendreher von Essen-Kray. Felgendreher befand sich am 14. März 1931 mit einem Trupp seiner Gesinnungsgenossen auf dem Nachhauseweg von Essen nach dem Vorort Kray. Unterwegs wurde dieser Trupp aus einem Hinterhalt beschossen und Felgendreher bei der Schießerei getötet. Die Verhaftung einer Reihe Kommunisten und die Mordanklage waren die Folge. Der Prozeß begann am 25. Januar vor dem Schwurgericht in Essen. In den Ergebnissen der Verhandlungen, auf die wir noch zurückkommen, fanden die Urteile keinerlei Stütze.

Der Polizeifeldzug gegen das Proletariat

Lüneburg, 6. Februar.

Die hiesige Kriminalpolizei hat den kommunistischen Bürovorsteher Kruse und drei weitere Mitglieder der KPD verhaftet. Die Festgenommenen sollen im Verdacht stehen, Zersetzungsschriften angefertigt und an Lüneburger Polizeibeamte gesandt zu haben. Sie sollen beabsichtigt haben, eine rote Schupo und Beamtenzellen zu gründen.

Vandervelde unter Genfer Zensur

TU. Genf, 6. Februar.

In der heutigen Sitzung der Abrüstungskonferenz kam es zu einem viel erörterten Zwischenfall. Der belgische Ministerpräsident Vandervelde, der im Namen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale sprach, sah sich gezwungen, seine Rede mit der Bemerkung zu unterbrechen, daß er auf den ausdrücklichen Wunsch des Präsidiums der Konferenz leider nicht in der Lage sei, einen Teil seiner vorgesehenen Erklärungen abzugeben. Er sehe sich jedoch gezwungen, der Konferenz mitzuteilen, daß er seine Rede bereits der internationalen Presse übermittelt und somit die Veröffentlichung dieses Teiles seiner Rede nicht mehr aufzuhalten sei. Er habe dem Wunsch des Präsidiums nachgeben müssen, obwohl er die Auffassung des Präsidiums nicht teilen könne.

Es handelte sich hier um den Teil der Rede, in dem er erklärt, daß die sozialistische Arbeiterklasse keine entscheidenden Ergebnisse von einer Konferenz erwarten könne, in der Regierungen saßen, deren Machtvolle praktische Zugeständnisse verweigere, während fern von hier die Gewalt wütere und das Recht des Stärkeren unter flagranter Verletzung der Verträge und Pakte jetzt mit Blut und Eisen sich Geltung verschaffe.

Vandervelde schloß sodann mit den Worten, daß die internationalen Abrüstungsverpflichtungen heute noch immer nicht durchgeführt seien, daß noch immer ein grundlegender Unterschied zwischen dem Rüstungsstand der Besiegten und dem der Siegermächte bestehe und daß die gesamten Rüstungen der Welt heute auf das Mindestmaß herabgesetzt werden müssen, das den entwaffneten Staaten auferlegt worden sei.

Die Rede Vanderveldes wurde fortgesetzt von stürmischem Beifall der Tribüne unterbrochen.

*

Der oben nur angedeutete Teil der Rede Vanderveldes hat nach dem Bericht des „Vorwärts“ folgenden Wortlaut:

„Aber wie könnte andererseits die sozialistische Arbeiterklasse unter den gegenwärtigen Verhältnissen entscheidende Ergebnisse von einer Welt erwarten, wo neben den sehr wenigen Regierungen, die bis zu einem gewissen Grade die arbeitenden Massen vertreten, es auch andere gibt, deren Machtvolle praktische Zugeständnisse verhindert und noch andere, deren Vertreter hier unter den anderen sitzen, während fern von hier die Gewalt wütere und das Recht des Stärkeren unter flagranter Verletzung der Verträge und Pakte, auf denen die Unterschriften noch nicht trocken sind, sich mit Blut und Eisen Geltung schafft. Ich kann es nicht sagen, warum wir keine Resultate erwarten, denn unsere Reden wurden der Vorsicht der sekretariatsmäßigen Kontrolle unterworfen. Wir haben sie vorsichtigerweise schon vorher der Presse veröffentlicht. Es wird also doch überall gelesen werden, was wir zu sagen haben. Die Angst hat also nur vermocht, das Vorlesen hier auszuschalten.“

Wenn das gefehlt hätte ...

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt zu dem Antrag des Stahlhelm, Hitler in Deutschland einzubürgern:

Auch wir halten es, gelinde gesagt, für einen Skandal, daß der Frontsoldat Hitler nicht eingebürgert ist. Freilich muß Hitler einen Antrag stellen. Wir glauben nicht, daß Preußen es wagen würde, Einspruch zu erheben.

Paul Levi und die Aktion von heute

Von Klaus Zweiling

Wenn wir heute, zwei Jahre nach seinem grauenvollen Todessturz, unseres Lehrers, Führers und Freundes Paul Levi gedenken, so drängt sich in unser Bewußtsein die Parallellität der politischen Entwicklung unserer Zeit mit jener, die Paul Levis Trennung von der Kommunistischen Partei vollzog. Dieselben Erscheinungen und Entwicklungstendenzen, die diese Trennung notwendig machten, machten in der jüngsten Spaltung der Sozialdemokratischen Partei den Anschluß ihres marxistisch-revolutionären Flügels an die Kommunistische Partei unmöglich und zwangen ihn zur Gründung einer neuen Partei, der Sozialistischen Arbeiterpartei.

In seiner Rede vor dem ZK der KPD am 4. Mai 1921 hat Paul Levi die wirklichen politischen Gründe jener Trennung klar entwickelt; die politischen Gründe, die das ZK — wie das so des Landes Brauch ist bei Parteivorständen, die unbehagliche politische Kritiker zum Schweigen bringen wollen — hinter organisatorischen Vorwänden zu verbergen trachtete. Und Paul Levi zeigte — wie so oft — auch in dieser Rede die scharfsinnige Kraft des wahren Marxisten. Heute spüren wir, und auch manche, die die politischen Konsequenzen nicht billigten, die Paul Levi aus den Erfahrungen der Märzaktion zog, erst die ganze Tiefe dieser Erkenntnis, die zwingende Kraft der Aufgabe, die Paul Levi damals vor die Kommunisten stellte.

Die Situation von 1921 charakterisiert Paul Levi selbst in jener Rede so:

„Ist auch die politische revolutionäre Bewegung reflex (rückläufig), so sind die Verhältnisse doch so, daß die ökonomische Weltkrise dauert, stärker wird und kein Zeichen der Ueberwindung aufweist. Und damit ist auch der Grund vorhanden, daß es nicht nach zehn Jahren Dauer, sondern täglich geschehen kann, daß die Defensive, die Ebbe, umschlägt in die Offensive, die Flut.“

In der gleichen Situation befindet sich die Arbeiterklasse heute, nur daß alle Faktoren der Entwicklung gegenüber 1921 um ein vielfaches verschärft sind. Die Krise von 1921 erscheint gegenüber der heutigen, national wie international gesehen, als ein Idyll. Das Fehlen jedes Zeichens der Ueberwindung der Krise ist zugespitzt zu einer allgemeinen Hoffnungslosigkeit gegenüber den Möglichkeiten einer ökonomischen Krisenlösung. Die mangelnde revolutionäre Bereitschaft der großen Arbeitermassen ist gesteigert bis zur stummen Duldung der Brüning-Diktatur, bis zum Einschwenken der Gewerkschaftsspitzen in die Hindenburgfront, bis zum Liebäugeln mit der Arbeitsdienstpflicht. Alle inneren Spannungen sind so bis ins Phantastische gesteigert und die tägliche Drohung des revolutionären Durchbruchs ist entsprechend kritischer, unmittelbarer noch gegeben als 1921. War die politische und wirtschaftliche Krise von 1921 nur zu lösen in dem elementaren Ereignis der Inflation, so droht die kapitalistische Krisenlösung heute mit ungleich gefährlicheren Stürmen elementarster Zerstörungsgewalt.

Und die Kommunistische Partei, die Partei,

*) Wir drucken an anderer Stelle dieser Nummer unserer Zeitung die wesentlichsten Teile jener Rede Paul Levis im Wortlaut ab.

die die revolutionäre Sammlung der Arbeiterklasse in dieser kritischen Entwicklung zu vollziehen hätte?

Das erste, was sich erschütternd aufdrängt, ist die völlige Hilflosigkeit der kommunistischen Internationale gegenüber der deutschen Situation, die — wie 1921 — den Schlüssel zur internationalen Situation des Proletariats bietet. Keine Analyse der deutschen Probleme außer einigen verblüffend oberflächlichen, falschen und dummen Phrasen über die „zwei Flügel des Faschismus“: Hitler und Leipart; keine, auch nicht die geringfügigste Aktionsparole, die der Situation gerecht würde, die Massen in Bewegung setzen könnte. Nichts. Die vollkommene Sterilität — das ist das Charakteristikum der Komintern-Politik gegenüber den deutschen Problemen von heute. Und 1921 sagte Paul Levi diese Worte:

„Es konnte einem das Herz wehe tun, wenn man in diesen letzten Wochen der größten europäischen Krise, die seit 1914 bestand, die Zweite Internationale täglich auf dem Damus sah, mit falschen Worten, mit reformistischen Aufrufen und Litaneien. Aber sie hat sich gezeigt, sie trat auf die Bühne.“

Und die Kommunistische Internationale? Sie hatte Zeit, mich einen infamen Lügner zu schimpfen... Aber irgendeine Spur von politischer Führung in solch einer schweren politischen Krise haben wir von der „aktiven“ Kommunistischen Internationale ebensowenig gesehen, als irgend einmal, solange sie existiert.“

Die Unfruchtbarkeit der Komintern aber wurde verhängnisvoll ergänzt durch die zerrüttende Politik der KPD, gegen die Paul Levi die ganze Kraft seiner flammenden Beredsamkeit wandte.

Die zentrale Aufgabe kommunistischer Politik in Deutschland kennzeichnete Paul Levi ganz richtig dahin: Das Verhältnis der Kommunisten zu den bestehenden proletarischen Massenorganisationen zu finden in dem Sinne, daß es sich nicht erschöpft in der — notwendigen! — Kritik, sondern daß die Voraussetzungen für eine politische Beeinflussung dieser Organisationen durch die Kommunisten geschaffen werden; dafür, daß die Kommunisten diese Organisationen beim Eintreten der revolutionären Situation in Bewegung setzen können für die proletarische Revolution. Paul Levi nannte diese Aufgabe die für Existenz und Zukunft der kommunistischen Partei entscheidende. Er stellte fest, daß diese Aufgabe in der Geschichte völlig neu sei, daß ihre Lösung in Deutschland zum ersten mal gefunden werden müsse. Und das war der Kern seiner Kritik an der Märzaktion, daß

diese Aktion die Ansätze zur Lösung jener zentralen politischen Aufgabe zerschlug.

Diese Aktion brachte die Kommunisten nicht an die Spitze einer proletarischen Massenbewegung, sondern isolierte sie von den Massenorganisationen; ja, diese Aktion mußte zu einer Aktion von Teilen des Proletariats gegen andere Teile des Proletariats werden. Paul Levi sah die Notwendigkeit einer solchen Entwicklung voraus; darum legte er vor dieser Aktion den Vorsitz der Kommunistischen Partei nieder. Er hielt nach dieser Aktion den offenen Bruch mit dieser katastrophalen Politik für die einzige Möglichkeit, die Kommunistische Partei für ihre historische Sendung zu retten: für die Lösung der großen proletarischen Massen vom Reformismus. Weil die Zentrale diesen offenen Bruch, vollzogen vor der breiten proletarischen Öffentlichkeit, nicht wollte, deshalb veröffentlichte Paul Levi nach der Märzaktion jene flammende, zornige Anklageschrift: „Unser Weg wider den Putschismus“, die zu seinem Ausschluss führte. Und dann versuchte Paul Levi den dornigen, bitteren Weg zur Lösung der gleichen Aufgabe zu gehen: durch das Wirken innerhalb der reformistischen Massenpartei, der Sozialdemokratischen Partei, den Boden für die Lösung der proletarischen Massen vom Reformismus vorzubereiten.

Und heute? Paul Levis Voraussage, daß die Märzaktion — so beendet, das heißt: ohne den Bruch mit dieser Politik vor aller Öffentlichkeit zu vollziehen — keine einmalige Verirrung bleiben könne, sondern als schleichendes Uebel fortzuziehen müsse an der kommunistischen Politik, hat sich furchtbar erfüllt. Durch Schwankungen in der Leitung, in Worten und Parolen hindurch hat diese Politik der Isolierung von den proletarischen Massenorganisationen sich festgefressen in der KPD. Der Fehler der Märzaktion ist zur Linie geworden. An die Stelle der Klassenaktion hat die KPD prinzipiell die Parteikampagne gesetzt. Sie hat damit ihre Politik zur Unfruchtbarkeit verdammt.

In dieser Krise, die tausendmal furchtbarer, tiefer und breiter ist als die von 1921, die wieder mit Recht als „die größte europäische Krise, die seit 1914 bestand“, bezeichnet werden muß, steht die KPD nicht nur mit kaum mehr als der halben Mitgliederzahl vom Februar 1921 da, sondern ohne den geringsten Einfluß auf die proletarischen Massenorganisationen, ohne die geringste Möglichkeit, Betriebsaktionen auszulösen, die ihren Organisationskörper irgendwie ernstlich überschreiten.

So wird jede ihrer Aktionen in dieser Krise zu einer kleinen Märzaktion; nicht mit so blutigen und grausigen Folgen wie jene, aber im Kern ihr gleichend: Aktionen, die nicht die Massenorganisationen mit in Bewegung setzen, sondern die Kommunisten immer mehr von ihnen isolieren. In dieser Krise, die die große

Der Krieg im Osten

Schanghai, 6. Februar

Die Japaner haben die Wusung-Forts eingenommen.

Die Eroberung der Forts erfolgte durch die erst kürzlich gelandete japanische Brigade, die 3000 Mann zählt, und 800 japanische Marinesoldaten. Die Besetzung wurde so schnell durchgeführt, daß die Schiffahrt durch die militärischen Operationen nicht gestört wurde. Von chinesischer Seite wurde kein Widerstand geleistet.

Nach einer Meldung der Agentur Indopacific aus Schanghai haben japanische Kriegsschiffe und Flugzeuge die Forts von Wusung vollständig zerstört.

Nach einer Reutermeldung halten die Chinesen trotz andauernder Beschießung die Forts zur Stunde noch.

Standrecht über Charbin

London, 6. Februar.

Der chinesische General Tamon, der den Japanern freundlich gesinnt ist, hat nach der Besetzung der Stadt Charbin dort das Standrecht erklärt. Er beabsichtigt, eine vorläufige Regierung zu bilden.

Streikbewegung in Schanghai

Schanghai, 5. Februar.

In Schanghai hat sich eine „Gesellschaft der Streikenden“ gebildet, welche Sabotageakte gegen die Japaner und andere Ausländer organisiert. In einem Aufruf an die chinesischen Arbeiter in Schanghai heißt es, der Streik sei ein Mittel, um der Fremdherrschaft ein Ende zu bereiten. Die Gesellschaft fordert alle chinesischen Arbeiter ohne Unterschied der Partei auf, in ihre Reihe einzutreten. (Es läßt sich von hier aus nach der vorliegen-

den Meldung natürlich nicht überblicken, welche Bedeutung dieser Bewegung zukommt. Red.)

Die Haltung der angelsächsischen Mächte

Staatssekretär Stimson versucht in engster Fühlung mit den Hauptmächten, eine Einstellung der Feindseligkeiten zu erreichen. Zu den beiden Punkten der fünf Forderungen, die Japan ablehnte, sind Gegenvorschläge ausgearbeitet worden, die Montag in Tokio überreicht werden sollen. Aus amtlichen amerikanischen Kreisen wird mitgeteilt, daß Stimson eine „positive Aktion“ der Hauptmächte zur Verteidigung des internationalen Besitzes im Gebiete von Schanghai vorbereitet. Einzelheiten dieses Planes werden streng geheim gehalten.

Gleichzeitig wird aus Washington die Genfer Meldung dementiert, daß die Vereinigten Staaten in Verbindung mit England, Frankreich und Italien die Japaner aufgefordert hätten, bis zum 11. Februar ihre Truppen aus China zurückzuziehen. Das Gerücht wird als ein Versuch bezeichnet, Amerika die Suppe auslöffen zu lassen, nachdem der Völkerbund vergeblich versucht habe, Japan und China zur Einstellung der Kämpfe zu veranlassen.

In London wird die japanische Antwort auf den Vermittlungsvorschlag der Mächte im Foreign Office eingehend erwogen. Es hat starke Enttäuschungen hervorgerufen, daß Japan entgegen dem englisch-amerikanischen Vorschlag eine Infanteriedivision nach Schanghai entsand und damit jede weitere Erörterung über diesen Punkt abgeschnitten hat.

Es ist weiter offenbar das Ziel der Japaner nach Süden vorzurücken, um die Schanghai-Nanking-Eisenbahnlinie abzuschneiden und weitere chinesische Truppentransporte nach Schanghai zu verhindern.

Delphisches Orakel

Zermächtigungsgesetz für SPD-Parteivorstand

Wir lesen im „Vorwärts“:

Der Parteiausschuß beendete am Sonnabendvormittag seine Tagung mit einer Aussprache über die Reichspräsidentenwahl. Dem Parteivorstand wurde die Vollmacht erteilt, im gegebenen Augenblick die notwendigen Entscheidungen zu treffen.

Kurz, aber beweiskräftig! Beweiskräftig nämlich für die völlige Ausschaltung der Demokratie in der Sozialdemokratischen Partei. Der Parteiausschuß setzt sich zusammen und überträgt dem Parteivorstand das Entscheidungsrecht. Die Mitglieder werden nicht gefragt. Man hat ja ein Vorbild in der tolerierten Reichsregierung. Es geht auch ohne Artikel 48!

Schamhaft verschweigt das parteioffizielle Kommuniqué, was man eigentlich geredet hat. Man kann den Beratern nachfühlen! Auch dem Parteiausschuß dürfte es nicht wohl sein bei dem Gedanken einer Wahlkampagne für Hindenburg. „Wie sag' ich's meinem Kinde“, den sozialdemokratischen Proletariern, das ist die bange Frage, die die Bezirksvorsitzenden ventilieren. Wäre das Ganze nicht eine Tragödie, man wäre versucht, dies Spiel im Nebel eine Komödie zu nennen!

Selbstverspottung?

Nach dem Bericht des „Vorwärts“ hielt der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im Preussischen Landtag, Ernst Heilmann,

Stunde der Kommunistischen Partei hätte bringen müssen, in der sie die Millionenarmee der Massenorganisationen aus dem reformistischen Pfad hätte hinausführen können aufs Blachfeld des revolutionären Kampfes — in dieser Stunde steht die Kommunistische Partei vereinsamt, isoliert, führt ihre Organisationen in den Kampf gegen die Organisationen, in denen die erdrückende Masse der Proletarier organisiert ist: die Gewerkschaften, die Sport- und Freidenkerorganisationen. Und wenn auch nicht bis zum letzten Wort — in seinem politischen Sinn hat sich Paul Levis Wort aus seiner letzten Rede vor dem ZK der KPD erfüllt:

„Und bis ihr das begreift und dahin kommt, werdet ihr eben euch noch weiter mit solchem Machen der Geschichte die Zähne ausbeißern, bis ihr es dann bringt, daß ihr die Kommunistische Partei, die berufen war, jene Stunde propagandistisch vorzubereiten, hoffnungslos kompromittiert und auf einen Anarchistenklub reduziert, während die Massen irre davonlaufen.“

Und sieht man auf das Ergebnis der kommunistischen Politik von heute, auf ihre Unfähigkeit zur Aktion über den Rahmen der eigenen Organisation hinaus, dann sind auch diese Worte Paul Levis vom Mai 1924 für heute gesprochen:

„Passiver in dem Sinn, als sie die Forderungen des Tages nicht aussprach, war die Zentrale der Kommunistischen Partei

dem kürzlich verstorbenen Zentrumsführer Heß einen Nachruf, in dem er den Verstorbenen von dem Verdacht reinigte, ein „schwarzer Marxist“ gewesen zu sein. Marxismus und Sozialismus seien ihm völlig fremde Gebiete gewesen. Aber der Boden, auf dem Sozialdemokratie und Zentrum sich unter der Führung von Heß in Preußen getroffen hätten, sei gewesen: gegenseitige kulturpolitische Toleranz (!), Dienst an Staat und Volk, Treue zur Republik.

Mit der „gegenseitigen kulturpolitischen Toleranz“ meint Heilmann vermutlich die völlige Kapitulation der SPD in der Frage des Konkordates, die vom Zentrum mit verschärfter Kulturreaktion, Boykottverhängung über dissidentische Lehrer, Verfolgung der Freidenkerbewegung usw. vergolten worden ist. Daher der Name „Gegenseitigkeit.“

Gold nach Frankreich. Der französische Dampfer „Le de France“ hat am Freitag in Cherbourg wieder 370 Fässer Gold ausgeladen, die einen Wert von 387,5 Millionen Franken darstellen. Aus Amsterdam sind in Paris für 19 Millionen Franken Goldbarren eingetroffen.

Schumy fürchtet Parteispaltung. Der Landeshauptmann-Stellvertreter Schumy, der den Kabinetten Streeruwitz und Schober angehörte, hat die Landhundobmannschaft für Kärnten niedergelegt. Er begründet diesen Schritt damit, daß der Eintritt der Partei in die Regierung die Gefahr einer Parteispaltung heraufbeschwöre.

nie, als in diesen Tagen, wo sie den Mund vollnahm und durch alle Gassen ihre Aktivität brüllte.“

Wahrhaftig: „die Führer irren nie ungestraft!“

Aber die Aufgabe ist geblieben! Die Aufgabe, „einerseits unsere Eigenart und unser Wesen als Kommunisten zu behalten, andererseits in die engste Verbindung mit diesen Arbeitermassen zu kommen.“ Die Kommunistische Partei hat vor dieser Aufgabe versagt.

Der Sozialistischen Arbeiterpartei ist diese Aufgabe zugefallen.

Und wenn Paul Levi den Kommunisten sagte: „An diesem entscheidet sich unsere Existenzberechtigung“ — so gilt das in gleicher Weise für die SAP. Aber es ist ein großer Unterschied: Uns ist nicht entfernt die Zeit geboten wie der KPD! Die Frage der Existenzberechtigung der KPD entschied sich in 13 Jahren. Die SAP hat vielleicht nicht ebensoviel Monate. Kommt die faschistische Zertrümmerung der proletarischen Massenorganisationen, bevor die SAP durch ihre Politik das „unsichtbare Fluidum“ formte, in dem diese Massenorganisationen allein sich in Bewegung setzen können zum revolutionären Machtkampf — dann ist die Periode dieser Aufgabe mit der endgültigen Niederlage des Proletariats geschlossen; dann beginnt eine neue Periode mit

Wieder 600 000 weniger

Kriegsbeschädigtenbund nicht in der „Eisernen Front“

Unter dem Aufruf, der zur Formierung der „Eisernen Front“ aufforderte, konnte man u. a. auch den Reichsbund der Kriegsbeschädigten als Unterzeichner finden. Nunmehr erfahren wir, daß der Reichsbund für diesen Aufruf niemals seine Unterschrift gegeben hat, sondern das die Macher der eisernen Aktion — man nennt in diesem Fall den Namen Schützinger — einfach den Reichsbund als Mitunterzeichner angegeben haben, ohne von ihm überhaupt eine Antwort abzuwarten.

Diese Nachricht geht uns von einer Seite zu, die im allgemeinen außerordentlich gut über die Kriegsbeschädigtenbewegung orientiert ist. Es wäre angebracht, wenn sich der Bundesvorstand des Reichsbundes einmal selbst in dieser Sache äußern würde. Rücksichtnahme auf die „Eiserne Front“ ist für ihn absolut nicht am Platze, denn die meisten seiner 600 000 Mitglieder denken gar nicht daran, sich für den neuesten Schwindel der Schützinger und Hölzermann herzugeben.

Gespanntes Verhältnis

Zwischen „Prawda“ und der Wahrheit Die Leningrader „Prawda“ vom 1. Februar bringt, schamhaft kleingedruckt, folgende Meldung:

„Die bevorstehende deutsche Reichspräsidentenwahl, hat einen tiefen Zwiespalt in den Reihen der Seydewitz-Partei hervorgerufen. Die Parteiführung besteht darauf, Ledebour als Kandidaten gegen Thälmann aufzustellen. Dieser Entschluß hat in den Reihen der Parteimitglieder große Empörung ausgelöst. Auf einer der letzten Berliner Mitglieder-versammlungen stimmten zwei Drittel der Anwesenden für die Unterstützung der Kandidatur Thälmanns.“

„Prawda“ heißt auf Deutsch „Wahrheit“. Falls die übrigen Meldungen der „Prawda“ ebenso wahr sind, wie die hier vorliegende, so wäre es vielleicht ratsam, das Zentralorgan der russischen Kommunistischen Partei in Zukunft auf den Namen „Utka“ „die Ente“ umzutaufern.

Auwl hat Geburtstag

Im Goebbels'schen „Angriff“ findet sich die folgende Danksagung, um deren Aufnahme „Pg. August Wilhelm von Preußen bittet“:

„Zu meinem Geburtstage sind mir aus den Reihen der Parteigenossen und namentlich von den Kameraden der SA so zahlreiche freundliche Glückwünsche zugegangen, daß ich bei meiner Arbeit für unsere große Volksbewegung leider nicht in der Lage bin, dem einzelnen zu danken. Auf diesem Wege rufe ich deshalb allen Dank und Hitler-Heil zu.“

In Kampfverbundenheit

August Wilhelm, Prinz von Preußen, Staf.“

Das komische Wort „Staf“ bedeutet, aus der Räubersprache der Nazis ins Deutsche übersetzt, so viel wie „Standartenführer“. Eine „Standarte“ ist so viel wie ein Regiment. Herr August Wilhelm, Prinz von Preußen, ist also so etwas wie Oberst in Hitlers Privatarmee.

Versicherungsneuzugang bei der Volksfürsorge

Die Volksfürsorge gibt soeben den Neuzugang von Versicherungen im Vorjahre bekannt. Danach sind insgesamt 271 862 Volksversicherungen (Höchstversicherungssumme bis zu 8000 Reichsmark) mit 108 964 250 Reichsmark Versicherungssumme und 609 452 Reichsmark Monatsprämie neu abgeschlossen worden. In der Groß-Lebensversicherung, die Versicherungen bis zu 10 000 Reichsmark gestattet, beläuft sich der Neuzugang auf 3944 Versicherungen mit 8 780 370 Reichsmark Versicherungssumme.

neuen Aufgaben, von denen Paul Levi nichts wissen konnte, von denen wir heute uns kaum schattenhafte Umriss vorstellen können.

Aber noch einmal steht die Aufgabe des März 1921 vor uns, wohl zum letzten mal. In unserer jungen Organisation verkörpert sich dieser letzte Lösungsversuch. Schon haben sich in ihr die zukunftsfreudigsten und erfahrensten Kämpfer der Revolution zu sammeln begonnen. Zu ihren wertvollsten gehören Paul Levis alte Kampfgenossen aus dem Spartakusbund. Und so beginnt, wenigstens zum wesentlichen Teil, auch jenes Wort sich zu erfüllen, mit dem Paul Levi die Vorrede der Broschüre schloß, in der er seine Rede vor dem ZK veröffentlichte:

„Viele Genossen, zumal die vom alten Spartakusbund, haben der Sache die Treue bewahrt, für die sie mehr als andere so lange Zeit gekämpft haben. Ich habe auch aus ihrem Munde kein Klagen und kein Zagen gehört. Wir alle wissen, daß die Sache der Deutschen Kommunistischen Partei bald wieder an sie, die Triarier, kommen wird, und die schwere Aufgabe wird uns alle wieder so zusammenfinden, wie sie ehemals uns fand.“

Paul Levi kann nicht mehr unter uns sein bei der Lösung dieser schweren Aufgabe. Aber eine neue, junge proletarische Generation ist inzwischen herangewachsen, die den alten Kämpfern vom Spartakusbund die Hand reicht zum gemeinsamen Kampf um das alte Ziel.

Zu Paul Levis Todestag

Partei- und Klassenaktion

Paul Levis Rede zu den Lehren der Märzaktion von 1921

Wir drucken im Folgenden Stellen aus einer Rede Paul Levis, die mit geringfügigen Aenderungen gesprochen sein könnte zu den heutigen Aktionen der Kommunistischen Partei Deutschlands. Paul Levi hielt diese Rede am 4. Mai 1921 auf der Sitzung des Zentralausschusses der KPD, in der sein Ausschluß aus der KPD beschlossen wurde. Begründet wurde der Ausschluß mit Paul Levis Broschüre „Unser Weg wider den Putschismus“, in der er die Märzaktion der KPD anklagt.

Ich habe den Genossen und Genossinnen vor zwei Monaten — so schnell ändern sich die Zeiten —, vor zwei Monaten in diesem Zimmer, einen Satz verlesen von der Genossin Luxemburg und habe von keiner Seite Widerspruch gehört, und der heißt folgendermaßen:

„Grundverschieden sind die Bedingungen der sozialdemokratischen Aktion. Diese wächst historisch aus dem elementaren Klassenkampf heraus. Sie bewegt sich dabei in dem dialektischen Widerspruch, daß hier die proletarische Armee sich erst im Kampf selbst rekrutiert und erst im Kampf auch über die Aufgaben des Kampfes klar wird. Organisation, Aufklärung und Kampf sind hier nicht getrennte, mechanisch und auch zeitlich gesonderte Momente wie bei einer blanquistischen Bewegung, sondern sind nur die verschiedenen Seiten desselben Prozesses.“

Hier haben Sie die Gründe, warum ich sage, daß der ganze Gedanke vom Uebergang von der Offensive in die Defensive kraft eines Beschlusses der Zentrale oder kraft einer noch höheren himmlischen Erleuchtung unmarxistisch ist, unpolitisch ist und vernünftigerweise zu keinem anderen Resultate führen kann, als zu dem jämmerlichen Zusammenbruch, des Zeuge wir sind.

Ja, Revolutionen kann man nicht machen. Das ist ja wohl die These, die dem Wortlaut nach heute noch in diesem Kreise vertreten wird und über die wir uns am Ende gar alle einig wären.

Sie winken, Genosse Schmidt! Dann will ich Ihnen sagen, als ich diesen simplen Satz seinerzeit dem Genossen sagte, der mir die ersten Offenbarungen über die „neue Taktik“ machte, da gab der mir lächelnd zur Antwort:

„Das sagen Sie? Sie sind ein Elementarist!“

Ich sage also, Revolutionen kann man nicht machen.

Das politische Aktionsprogramm

Mich freut es, daß die „Rote Fahne“ am 1. Mai dieses Jahres (1921) als zeitgemäß — und in der Tat sehr zeitgemäß — einen Artikel der Genossin Rosa Luxemburg hat erscheinen lassen. Sie sagt dort:

„Die anscheinend wunde Stelle der wirklichen sozialistischen Politik im Kriege liegt darin, daß sich Revolutionen nicht auf Kommando machen lassen. Dieses Argument soll sowohl für die Haltung des Proletariats beim Ausbruch des Völkermordens wie für seine heutige Stellung zur Friedensfrage als Entschuldigung und als Deckmantel der sozialistischen Selbstpreisgebung dienen. Jedoch der scheinbar durchschlagende „praktische“ Einwand ist nichts als eine Ausflucht. Freilich lassen sich Revolutionen nicht auf Kommando machen. Dies ist aber auch gar nicht Aufgabe der sozialistischen Partei. Pflicht ist nur, jederzeit unerschrocken „auszusprechen, was ist“, d. h. den Massen klar und deutlich ihre Aufgaben im gegebenen geschichtlichen Moment vorzuhalten, das politische Aktionsprogramm und die Lösungen zu proklamieren, die sich aus der Situation ergeben. Die Sorge dafür, ob und wann die revolutionäre Massenerhebung sich daran knüpft, muß der Sozialismus getrost der Geschichte selbst überlassen.“

Erfüllt er in diesem Sinne seine Pflicht, dann wirkt er als mächtiger Faktor bei der Entfesselung der revolutionären Elemente der Situation und trägt zur Beschleunigung des Ausbruchs der Massenaktionen bei. Aber auch im schlimmsten Falle, wenn er zunächst als Rufer in der Wüste erscheint, dem die Massen ihre Gefolgschaft versagen, schafft er sich, wie es sich am Schluß der Rechnung stets und unweigerlich herausstellt, eine moralische und politische Position, deren Früchte er später, wenn die Stunde der geschichtlichen Erfüllung schlägt, mit Zinsezinsen einheimst...“

Die Sorge dafür, ob und wann die revolutionäre Massenerhebung sich daran knüpft, muß der Sozialismus getrost der Geschichte überlassen...“

Wo ist in dieser Gedankenwelt irgendein Platz für den Gedanken, daß man Revolutionen machen könne, daß man „das Geschick der Revolution und der Partei zwingen“ könne, wenn nötig mit einer Provokation.

Der Fall Bullerjahn

Unsere große Artikelserie über dieses Thema wird in der nächsten Nummer der „SAZ“ fortgesetzt.

Keine Spur von diesem Gedanken! Und Sie können uns nicht sagen, daß wir in diesem Sinn, in dem Sinne jener Gedanken, jemals in die Passivität verfallen seien. Es gab nicht ein Moment, und ich sage Ihnen, Genosse Meyer, das werden Sie eines Augenblickes selbst erkennen: passiver in dem Sinn, als sie

die Forderungen des Tages nicht aussprach,

war die Zentrale der Kommunistischen Partei nie, als in Ihren Tagen, wo sie den Mund vollnahm und durch alle Gassen ihre Aktivität brüllte...“

Die Kommunisten und die Massenorganisationen

Wir leben nun einmal in Westeuropa in etwas anderen Verhältnissen. Sie wissen, daß ich damals, anschließend an jene Sätze der Genossin Rosa Luxemburg, erörtert habe die völlig verschiedenen Umstände, unter denen wir in Westeuropa gezwungen sind, kommunistische Parteien zu bilden.

Die Kommunistische Partei in Rußland vor der Revolution mußte sich ausbilden in einem gesellschaftlichen Körper, in dem die Bourgeoisie überhaupt nicht entfaltet war,

sie mußte sich ausbilden in einem Gesellschaftskörper, in dem der eigentliche, natürliche Antipode des Proletariats, die Bourgeoisie, erst in Andeutungen existierte und wo ihr als großer Feind gegenüberstand der agrarische Feudalismus.

In Westeuropa sind die Verhältnisse völlig anders. Hier steht das Proletariat vor einer völlig entfalten Bourgeoisie und steht gegenüber den politischen Folgen der Entfaltung der Bourgeoisie, der Demokratie, und unter der Demokratie, d. h. dem, was unter der Herrschaft der Bourgeoisie unter Demokratie zu verstehen ist, nimmt die Organisationsform der Arbeiter andere Formen an als unter der Staatsform des agrarischen Feudalismus, unter dem Absolutismus.

Und so kann in Westeuropa die Organisationsform keine andere sein als die der nicht geschlossenen Massenpartei, jener nicht geschlossenen Massenpartei, die also niemals bewegt werden können auf Befehl eines Zentralkomitees, auf Befehl einer Zentrale, die bewegt werden können einzig und allein in dem unsichtbaren Fluidum, in dem sie stehen, in der

psychologischen Wechselwirkung mit der gesamten übrigen proletarischen Masse.

Sie bewegen sich nicht auf ein Kommandowort, sie bewegen sich in der Bewegung derselben proletarischen Klasse, deren Führer und Leiter Sie dann in der Bewegung sein müssen. Sie sind von Ihnen abhängig wie jene von ihnen, und deswegen, Genossen und Genossinnen, war es ein verhängnisvoller Fehler, und ich komme darauf noch später

Spartakus bei den Preußen



Der da auf dem Bilde im Vordergrund seine Kartoffeln schält, das ist unser toter Genosse Paul Levi. Er hat den „Rock des Königs“, der da um seine Glieder schlottert, nicht lange getragen. Aber wir glauben, daß es lange genug war, um die Kameraden, die gleich ihm die Zwangsjacke trugen, über ihre Pflichten gegenüber der Klasse aufzuklären. Es sind gute Proletariatesgesichter, die den Männern um ihn herum eignen. Auf manchem Zuge dieser Gesichter läßt sich den Gedanken nachspüren, die aus dem Hirn des Kameraden Levi in die der Muschkoten von der 80. Landwehr übersprungen sein mögen. Paul Levi hat den verhaßten Dienst des Obersten Kriegsherrn bald verlassen, um in der Schweiz im Hauptquartier des Anti-Kriegsherrn den Aufstand gegen die kriegführenden Mächte vorbereiten zu helfen. In Wladimir Iljitschs Umgebung harrten seiner größere Aufgaben und bessere als die waren, die er im feldgrauen Rock, das zerdrückte Krätzchen in die schöne Stirn gedrückt, erfüllen konnte. Da mag das Kartoffelschälchen noch einen gewissen Rechtsanspruch an soziale Betätigung erfüllt haben. Spartakus bei den Preußen.

Uns fällt Molières berühmtes Wort ein — das Molière übrigens von dem Dichter De

Cyrano aus Bergerac übernommen hat, mit dem Paul Levi manche Züge gemein sind — das Wort: „Was Teufel wollt' er nur auf der Galeere?“

Die Gesichter der Männer um ihn herum Antwort. Manch Samenkorn wird aus unseres Genossen Levi Füllhorn in die Gemüter seiner Kameraden gefallen sein und es ist jammer-schade, daß wir heute nicht in der Lage sind, die Biographie der Männer zu verfolgen, die damals seine Gefährten waren.

Von Paul Levi aber gehen auch die Abschiedsworte des sterbenden Cyrano in Rostands Stück:

„Schlagt man sich nur in Hoffnung auf den Sieg?“

Weit schöner ist ein aussichtsloser Krieg. — Was kommt dort an? — Welch lästiges Geschmeiß?

Der ganze Troß der alten Widersacher! Die Lüge?

Da! — Der überlebte Brauch, Feigheit und Vorurteil! Glaubt ihr, ich treibe Schacher?

Nein, niemals! — Aha, die Dummheit auch! Ich weiß, ihr triumphiert und bleibt im Rechte; Was liegt daran? Ich fechte, fechte, fechte!“

zu sprechen, daß die Zentrale nach dem Zusammenbruch dieser Aktion den gar nicht revolutionären Versuch unternommen hat, in ein paar Instanzen die ganzen aufgeworfenen Fragen zu „erledigen“.

Aber ich komme auf etwas anderes zu sprechen. Diese Tatsache, daß wir hier in Westeuropa in einem ganz anderen gesellschaftlichen Körper leben, die hat uns eine Erscheinung gebracht, die neuartig ist. Vor der Revolution in Deutschland spielte sich das Leben der Arbeiterschaft im wesentlichen ab in einer Organisation. Es war eine Organisation, die der feste Kern in der proletarischen Klasse war; was außerhalb dieser Organisation lag, war indifferent oder erst im Dämmerzustand des Sich-bewußt-werdens.

Das hat nunmehr in Deutschland und hat in Westeuropa eine grundlegende Umstürzung erfahren. In Deutschland und in Westeuropa ist ein überwiegend großer Teil von Proletariern vereinigt in Arbeiterorganisationen, die bereits bestehen.

Und nun, Genossen und Genossinnen: diese Tatsache allein bringt die große Gefahr mit sich — schon an sich durch ihr Bestehen —, daß die Arbeiterschaft in ihrer Mitte auseinanderbricht, daß zwei Schichten, etwa die Organisierten und die Unorganisierten, etwa die kommunistische Organisation und die nichtkommunistische Organisation nicht nur als politisch getrennte Körperschaften einander gegenüberstehen, sondern in gewissem Sinne als sozial getrennte Wesen sich scheiden, daß die eine Organisation, daß also eine kommunistische Partei nicht ist, was sie sein muß, zwar die Organisation eines Teiles des Proletariats, der Vorgesrittensten, aber eines Teiles durch das ganze Proletariat hindurch, sondern wird ein Teil des Proletariats, vertikal gestellt nach sozialen, differenzierenden Momenten.

Und, Genossen und Genossinnen, welche Bedeutung das Verhältnis der Kommunisten zu diesen Arbeiterorganisationen hat, das freue ich mich, Ihnen noch beweisen zu können mit einem Satz des Genossen Radek, der in seiner allerneuesten Broschüre schreibt:

„Es ist klar, daß, falls diese Masse nicht in Bewegung gebracht wird durch irgendwelche sie vollkommen erschütternde äußere Ereignisse, man in Deutschland auf keine spontanen unorganisierten Bewegungen rechnen kann.“

Dies ist absolut und vollständig richtig gesehen. Ohne die schwere organisierte Masse werden wir von ganz besonderen Glücksfällen, mit denen man nicht rechnen soll in seiner täglichen Arbeit, abgesehen, zu großen Bewegungen nicht kommen.

Unser Verhältnis zu jenen Arbeiterorganisationen wird unser Wesenskern.

An diesen entscheidet sich unsere Existenzberechtigung: einerseits müssen wir unsere Eigenart und unser Wesen als Kommunisten behalten, andererseits in die engste Verbindung mit diesen Arbeitermassen kommen.

Und nun, Genossen und Genossinnen: der Weg, wie wir als Kommunisten mit jenen Arbeitermassen auf diese Weise in eine Verbindung kommen wollen, der muß von uns in Deutschland zum ersten Male gefunden werden.

Er hatte zwei Voraussetzungen. Die eine Voraussetzung war, daß wir rein zahlenmäßig zu einer Stärke kamen, die es uns erlaubt, rein mechanisch die Kräfte zu entwickeln, deren man zur Beeinflussung so großer Arbeitermassen bedarf.

Die zweite Voraussetzung war, daß wir nunmehr auch politisch in irgendeine Verbindung mit jenen Organisationen traten, daß wir versuchten, politischen Einfluß auf sie zu gewinnen.

Nicht isolieren!

Wir haben diesen Weg besritten mit dem „Offenen Brief“. Er war der erste Versuch, und es soll gar nicht gesagt werden, ob er geglückt ist oder nicht geglückt ist, ob er hätte besser oder schlechter durchgeführt werden können. Aber er war ein Versuch aus dem richtigen Gefühl heraus: man komme an organisierte Arbeitermassen nur heran, wenn man nicht nur gegen sie kämpft, sondern man auf ihre eigenen, wenn auch irrenden Gedanken eingeht und ihnen so hilft, durch ihre Erfahrung den Irrtum zu überwinden.

Wir müssen ihnen helfen in dem, was sie verstehen, und dürfen sie nicht zwingen zu etwas, was sie nicht verstehen.

Und dieser Gedanke, den ich nach wie vor für richtig und den einzig möglichen halte,

meiner Gedanke, er würde in seinem Handeln geknickt durch diese Aktion der Kommunistischen Partei im März 1921. Ja, man hat darüber gelacht und böse Worte dafür gefunden, als ich sagte, der Kampf im März 1921 sei der Kampf geworden von einem Teil des Proletariats gegen einen anderen Teil des Proletariats und, was noch schlimmer ist, der Kampf einer Schicht des Proletariats gegen eine andere Schicht des Proletariats. Man hat darüber gelacht. Nun, die „Rote Fahne“ findet manchmal, wenn auch selten, den Mut zur Wahrheit, und so hat sie in diesen Tagen den Bericht über eine Verhandlung in Moabit veröffentlicht, in dem es heißt:

„Vor dem Sondergericht des Landgerichts Berlin I wurde unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Braun gegen fünf arbeitslose Kommunisten verhandelt, die zum Teil in die Betriebe von Ludwig Loewe, zum Teil in die AEG hineingegangen waren, um ihre proletarischen Brüder zur Arbeitsniederlegung aufzufordern. Einige hatten sich auch darauf vorbereitet, wegen der Unaufgeklärtheit eines Teiles der Arbeiterschaft durch energische Maßnahmen die Betriebe stillzulegen. Sie hatten zu diesem Zweck einige Handgranaten mitgenommen. Der Staatsanwalt kündete an, daß die fünf Angeklagten, die am Mittwoch abgeurteilt werden sollten, nur aus einer größeren Menge gefangener arbeitsloser Kommunisten herausgegriffen worden seien und noch zwei- bis dreihundert Personen in gleicher Weise verfolgt und abgeurteilt werden sollen.“

Genossen und Genossinnen, klingt das nicht wie blutiger, bitterer Hohn auf alle politischen Gedanken, wie eine von einem Pamphlisten geschriebene Satire auf den Gedanken von der proletarischen Solidarität? Und das steht in der „Roten Fahne“ als die ruhige, gelassene Wiedergabe oder, wie sie wohl denkt, Beschönigung der Vorgänge in jenen Märztagen.

Und ich habe einen anderen Fall gestern gehört, und die Zentrale kann vielleicht ihre Unternehmungen auch auf diesen Fall ausdehnen.

In Zschornowitz, wo sich das große Elektrizitätswerk befindet, war der „Befehl“ gegeben worden, das Kraftwerk zu sabotieren. Die Arbeiterschaft hatte auf einem Wege, den ich nicht weiter erörtern will, von diesem „Befehl“ Kenntnis erlangt. Die Arbeiterschaft war fast durchweg kommunistisch. Diese kommunistischen Arbeiter haben Posten aufgestellt, um das Werk zu sichern, und wenn die Sabotagekolonne an das Werk herangekommen wäre, wäre sie nicht von proletarischen Klassengenossen nur, sondern von ihren eigenen Parteigenossen mit Maschinengewehren und mit Prügeln empfangen worden.

Und Genossen und Genossinnen, das sind doch keine einmaligen Entgleisungen, das sind doch Fälle, die Sie typisch hören aus allen deutschen Gegenden, und sie führen in den Kern der Verfehltheit dieser ganzen Märzaktion.

Sie war eine Aktion eines kleinen Teiles des Proletariats ohne Rücksicht auf den anderen großen Teil.

Und Genossen und Genossinnen, da müssen wir uns wieder fragen: was hat man sich eigentlich gedacht, als man eine solche Aktion auf eigene Faust und auf eigene Kraft unternahm, „um das Schicksal der Partei und der Revolution zu zwingen“?

Auf den einen Gedanken habe ich bereits hingewiesen. Es war der Gedanke, man könne durch Akte des Terrors und der Gewalt Situationen schaffen, die dem Proletariat die Notwendigkeit des Kampfes vorspiegeln, statt weiter in dem Versuch fortzufahren, den Massen die Notwendigkeit des Kampfes aus den bestehenden objektiven Verhältnissen ohne Mogeleyen, deren sie gar nicht bedürfen, zu erweisen.

Das war der eine Gedanke. Der war bei denen vorhanden, die an die Wunderwirkung der Provokation glaubten.

Das revolutionäre „Beispiel“

Der andere Gedanke, das ist nun der Gedanke, den ich in irgendeiner Publikation der Zentrale bisher nicht gehört habe, der mir aber um so häufiger bei meinen Unterhaltungen mit Mitgliedern draußen entgegengehalten wurde. Die Genossen haben meistens die Aktion so aufgefaßt: ja, wir Kommunisten sind dazu berufen, den Massen ein Beispiel zu geben, ihnen voranzugehen und sie so mit in den Kampf hineinzureißen.

Das ist nicht nur nahezu wörtlich, wie ich's aus dem Munde der Genossen gehört habe, nein, es ist auch die klassische blanquistische Formel von der entschlossenen Minderheit. Dieser Gedanke hat auch mit logischer Notwendigkeit geführt zu dem Resultat, zu dem diese Thesen und Parolen nur führen können in einem Lande mit starken Arbeiterorganisationen, die bewußt reformistisch sind, zu dem Resultat, daß

diese starke Arbeiterorganisation als geschlossene Front steht gegen jede Minderheit, die ihr die Revolution „vormachen“ will.

Und da schreiben die Genossen, die dieser Sorte von Revolution anhängen, von unserem Opportunismus. Ei, der Opportunismus ist in Wirklichkeit ganz wo anders zu suchen. Ich möchte Ihnen darüber etwas vorlesen:

„In Wirklichkeit hat der Zusammenhang zwischen dem sozialistischen Opportunismus und der revolutionären Abenteuerlust des Terrors seine Wurzeln viel tiefer. Der erstere wie der letztere legen der Geschichte die

Grundtendenz vor. In dem Bestreben, die Geburt künstlich zu beschleunigen, bringen sie es zu Fehlgeburten — des Millerandismus oder . . . der Asewirtschaf. Sowohl die terroristische Taktik als der parlamentarische Opportunismus

übertragen den Schwerpunkt von der Masse auf die repräsentativen Gruppen, von deren Geschicklichkeit, Energie oder Taktgefühl der ganze Erfolg abhängt. Hier wie dort sind breite Kulissen nötig, die die Führer von der Masse trennen. An dem einen Pol die in Mystik gehüllte „Kampforganisation“, an dem anderen die geheimen Verschwörungen der Parlamentarier, um die blöde Parteimasse zu beglücken, wider ihren Willen.“

Und wer diese Worte gegen diese Art von Politik geschrieben hat, wird den Genossen bekannt sein. Es ist der Genosse Leo Trotzki.

Teillaktionen

Und nun, Genossen und Genossinnen, weiter. Teillaktionen sollen sein . . . Man hat gesagt, ich verstehe unter Teillaktionen ganz anderes als das, was die Exekutive unter Teillaktionen versteht und verstanden wissen wollte. Sie meinte Teillaktionen nach Teillzielen, und ich hätte Teillaktionen gemeint nach räumlicher Abgrenzung.

Da muß ich sagen, allerdings . . . Ich war gezwungen, gerade über diese Art von Teillaktionen zu reden; denn diese letztere Form von Teillaktionen, die Teillaktion nach geographischen Abgrenzungen, das war die Form, die uns in Deutschland bisher die größten Sorgen machte; das war die Form, an der sich die große Bewegung von 1918/19 verblutet hat, als geographisch Bezirk um Bezirk in den

Und so ist klar, die Krise wird jetzt die kommunistische Internationale in ihrer Gesamtheit zu überwinden haben, und so wird das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale gehalten sein, einmal über seine eigene politische Tätigkeit nachzudenken, das uns deutschen Kommunisten Passivität vorwirft.

Ja, wie hat denn das Exekutivkomitee gearbeitet? Es konnte einem das Herz weh tun, wenn man in diesen letzten Wochen der größten europäischen Krise, die seit 1914 bestand, die Zweite Internationale täglich auf dem Damm sah, mit falschen Worten, mit reformistischen Aufrufen und Litaneien. Aber sie hat sich gezeigt, sie trat auf die politische Bühne.

Und die Kommunistische Internationale? Sie hatte Zeit, mich einen infamen Lügner zu schimpfen, und Radek hatte Zeit, eine Broschüre über mich zu schreiben, in der er haarleim beweist, daß ich der deutsche Serrati bin, und daß die Serratiner und die Leviten die schlimmsten Strolche von allen politischen Strolchen sind, und daß es höchste Zeit ist, daß man vor ihnen warnt und sich von ihnen trennt. Aber

irgendeine Spur von politischer Führung in solch einer schweren politischen Krise haben wir von der „aktiven“ kommunistischen Internationale ebensowenig gesehen, als irgendeinmal, solange sie existiert.

Es bleibt dabei: Aufrufe, die zu spät, und Bannflüche, die zu früh kommen, und ein paar über Nachtöpfe mit Jouhaux gewechselt: das ist die Aktivität der kommunistischen Internationale! . . .

Und diese absolute Passivität der Exekutive seit einem Jahr hat der Sache des Kommunismus mehr Schaden getan als aller „Menschewismus“. Erinnern Sie sich doch, wie vor einem Jahr der Glanz der kommunistischen Internationale strahlte. Und denken Sie doch, was heute ist! Ein gewaltiger moralischer Fonds ist vertan, er hat eben dazu hingereicht, die Abspaltung von Reformismus durchzuführen, und er droht, infolge Passivität und Unfähigkeit, zu Ende zu gehen, wo er den Aufbau kommunistischer Parteien übernehmen soll.

Denn Genossen und Genossinnen, darüber bin ich mir vollständig klar: diese Krise für die kommunistische Internationale, die an meinem Fall oder besser am Fall der deutschen kommunistischen Partei den Ausgang genommen hat, geht durch die ganze Welt, und ich habe Ihnen vorhin Stellen vorgelesen aus der Entwicklung der russischen Revolution in Perioden, die unserer heutigen in Deutschland, das wird keiner leugnen, sehr, sehr ähnlich sind. Nur mit dem einen Unterschied, daß diese heutige Krise in Deutschland keine deutsche Krise ist, sondern nicht nur äußerlich und durch Personen mit der Internationale zusammenhängt.

Die Internationale und die deutsche Partei werden gegen die Zerfallerscheinungen kämpfen müssen, die die typischen Erscheinungen sind einer Periode, in der die Revolution rückläufig geht und die man nicht durch Beschluß der Parteinstanz umdeuten kann in eine Offensive. Wobei ich eines allerdings ausdrücklich sagen will: daß jetzt in Deutschland die Verhältnisse andere sind als 1906 in Rußland. Ist auch die politische revolutionäre Bewegung reflux, so sind

die Verhältnisse doch so, daß die ökonomische Weltkrise dauert, stärker wird, und kein Zeichen der Ueberwindung aufweist. Und damit ist auch der Grund vorhanden, daß es nicht nach zehn Jahren Dauer, son-

derstand trat und Bezirk um Bezirk niedergeschlagen wurde.

Und Teillaktionen waren es wiederum jetzt, wo die Zentrale einen Bezirk, unsere beste Organisation in den Schlund warf und nicht sah und nicht darauf achtete, ob das übrige Deutschland imstande sein würde, der Aktion zu folgen.

Ich hatte also notwendig von einer Teillaktion in diesem Sinne zu sprechen, zumal es ja an den Theoretikern, die auch jetzt wieder diese Art von Teillaktionen verteidigen . . . nicht gefehlt hat.

Die Avantgarde

Und nun, Genossen und Genossinnen, noch weiter. Etwas muß man sich doch gedacht haben. Es sei die Verpflichtung — sagt man jetzt — der Avantgarde, die Aktion zu machen, um „die Revolution zu beschleunigen“.

Ich habe hier einen Satz, der fogendermaßen lautet:

„Die proletarische Avantgarde ist ideell erobert, das ist die Hauptsache. Ohne diese kann man auch nicht den ersten Schritt zum Siege machen. Aber von hier bis zum Siege ist es noch sehr weit. Mit der Avantgarde allein kann man nicht siegen. Die Avantgarde allein in den entscheidenden Kampf werfen, bevor die ganze Klasse, bevor die breiten Massen die Position entweder der direkten Unterstützung der Avantgarde oder wenigstens der wohlwollenden Neutralität in bezug auf dieselbe und der vollen Unfähigkeit, ihren Gegner zu unterstützen, eingenommen — das wäre nicht nur eine Dummheit, sondern ein Verbrechen.“

Der Mann, der dieses schrieb, hat Glück, daß er nicht auch schon bei den „Levitin“ ist,

hat aber alle Chance, noch etwas zu schreiben. Es ist Lenin.

Und nun, Genossen und Genossinnen, haben wir erlebt: es ist

die kommunistische Partei allein und losgelöst von den Massen in die Schlacht gestürzt

worden. Wir haben's gesehen; unsere besten Organisationen sind zerschlagen, und ganze, große Organisationen konnten überhaupt nicht bewegt werden. Es war einfach ein Trauerspiel, das hier vor sich ging. Fast in ganz Deutschland, mit Ausnahme von Hamburg, war es unmöglich, die Organisationen in Gang zu bringen. Sie konnten einfach einem blödsinnigen Beschluß nicht gehorchen, so wenig wie auf Befehl Wasser bergaufwärts fließt . . .

Und nun ist mir weiter eingewendet worden, die Haltung von Rosa Luxemburg damals, im Januaraufstand 1919, die sei doch anders gewesen. Ja, das erkenne ich auch an, ich vergleiche mich nie mit Rosa Luxemburg. Aber was ist hier der Unterschied? Man sagt, auch Rosa Luxemburg sei damals gegen die Aktion gewesen, und doch hätte sie Artikel und Aufrufe geschrieben. Doch Sie wissen, Genosse Meyer, daß auch ich damals der Bewegung ablehnend gegenüberstand, und daß auch ich damals Flugblätter und Artikel schrieb. Und warum so? Aus dem ganz anderen Gesichtspunkt heraus, daß dort große Massen irren und nicht ein kleines Konventikel von Führern nichtirrende Massen in das Verderben jagten, und daß damals eine wirkliche, große, gewaltige, spontane Massenbewegung war, daß damals im Berliner Tiergarten mehr Arbeiter auf einmal standen, als diesmal in ganz Deutschland auf die Beine kamen . . .

Führer und Massen

den täglich geschehen kann, daß die Defensive, die Ebbe, umschlägt in die Offensive, in die Flut.

Nicht dann durch einen Beschluß der VKPD, daß die Revolution jetzt in die Offensive einzutreten habe, sondern dadurch, daß infolge ökonomischer und politischer Entwicklung und Tatsachen es die Geschichte — und keine Provokation, nur die Geschichte — dahin bringt, daß die Massen kämpfen.

Und bis ihr das begreift und dahin kommt, werdet ihr eben euch noch weiter mit solichem Machen der Geschichte die Zähne ausbeißen, bis ihr es dahin bringt, daß ihr die kommunistische Partei, die berufen war, jene Stunde propagandistisch und organisatorisch vorzubereiten, hoffnungslos kompromittiert und auf einen Anarchistenklub reduziert, während die Massen irre davonlaufen.

Das ist die Erfahrung, die wir aus der russischen Bewegung machen können aus dem Jahre der Ebbe. Aber aus den Lehren, die die Russen uns — nicht durch ihre mehr oder weniger erhebenden Worte — sondern durch ihre Geschichte geben, können die deutschen Massen freilich nicht alles lernen. Es bleibt bei dem, was Trotzki gesagt hat:

Sorge

Nun kann die Sache mit Hindenburg nicht mehr schief gehen. An die Seite des großen Sahm der Reichshauptstadt haben sich jetzt auch Männer der Wissenschaft geschart, und zwar gleich schockweise. Vorläufig kommt die Hilfe freilich nur von der Marburger Universität, allwo gleich 102 Dozenten „in tiefer vaterländischer Sorge“ einen Aufruf zugunsten der Wahl Hindenburgs unterschrieben haben, der „wie kein anderer Mann alles verkörpert, was groß, ehrwürdig und richtunggebend ist in unserem Vaterlande“.

Wenn das die „Wissenschaft“ erklärt, so ist ein Zweifel ausgeschlossen, vorausgesetzt, daß die „Wissenschaft“ selber über allen Zweifeln steht. Und hier nun wird der Fall bedenklich. Diese Wissenschaft, die von den 102 Marbur-

„Jedes Land mußte und muß für sich aufs neue den Marxismus erwerben, um ihn zu besitzen. Der internationale Charakter der sozialistischen Bewegung zeigt sich nicht nur darin, daß jedes Land aus den Erfahrungen des fortgeschrittenen Landes Lehren zieht, sondern auch darin, daß es dessen Fehler wiederholt.“

Die Fehler der Russen, die sie selbst als Fehler erkannten und dann ausmerzten, die haben wir jetzt reichlich wiederholt. Es gibt freilich Genossen, die glauben, die Dosis der Dummheiten sei noch nicht groß genug, es müßten neue und stärkere Dosen kommen. Ihr werdet heute beschließen, zu tun, was das Gesetz und die Gesetzgeber befehlen, und meinen Ausschluß dekretieren. Ich werde darüber nicht von der Welt versinken, sondern wir werden sehen, und bald sehen, wer recht hat und auf welchem Weg ihr wieder zurückkommt zu den Theorien und Methoden, die die des Spartakusbundes, der kommunistischen Partei bisher wie der kommunistischen Internationale waren. Ob freilich (zur Zentrale) ihr dann noch dabei sein werdet, das ist eine andere Frage.

Denn irren auch die Massen nie ohne Nutzen, so irren die Führer nie ungestraft.

ger Dozenten vertreten wird, ist keineswegs unangefochten. Von ihr ging seinerzeit im Kriege jener bekannte Brauch aus, der sich schützend vor die deutschen Kriegsschuldigen stellte und geradezu als ein unübertreffliches Dokument der nationalistischen Verblödung in die Akten der Weltgeschichte eingegangen sind.

So besehen, vernag freilich dieser neue Brief der „Wissenschaft“ für Hindenburg auch viel weniger zu bezeugen, als seine Verfasser offenbar von ihm erhoffen. Die Kundgebung der Marburger beansprucht darum ein öffentliches Interesse auch nur insofern, als sie einmal mehr den Beweis dafür erbringt, daß die Wissenschaft ihren Geist aus der Zeit des Krieges und der Monarchie bis heute unverfälscht konserviert hat.

Der Exkronprinz Präsidentschaftskandidat? Schloß Stenay, Sommer 1916



Frontsoldat, weißt du noch . . . ?

Ein Werkzeug für den Frieden?

Von Richard Kleineibst

Es kommt aus Frankreich, also ist es zu verwerfen. Das ist die Stimmung, in der die deutsche Presse auf den Vorschlag Tardieus antwortet. Nun ist gewiß zu scheiden zwischen den Absichten einer kapitalistischen Regierung und den Wünschen eines Volkes, das, wie das französische, nicht nur den Frieden will, sondern auch in seinen größten und ausschlaggebenden Teilen nationalistisch nicht verhetzt ist. Wohl aber bangt dies Volk um seine Sicherheit, fürchtet vor allen den mächtigen Nachbar an seiner Ostgrenze, aus dessen Land ihm täglich Haßgesänge und Revanchetrompeten entgegenschallen. Deshalb hat das Wort Briands, daß der Frieden organisiert werden müsse, drüber so unterschiedenen Widerhall gefunden, deshalb ist der Wunsch nach einem internationalen Gerichtshof, der die Streitigkeiten zwischen Staaten nach Rechtsgrundsätzen entscheidet, sehr ernst gemeint. Aus dem gleichen Grunde wünscht man drüber einen Völkerbund, der mehr ist als eine Gelegenheit für Staatsmänner, Reden aus dem Fenster zu halten, wünscht einen Völkerbund, der mit Exekutivmacht ausgestattet ist. Der so eng in seine Grenzen gebundene, seinem Land so stark verhaftete Franzose ist bereit, ein wesentliches Stück der einzelstaatlichen Souveränität aufzugeben, wenn er dafür eine überstaatliche Garantie eintauschen kann. Aus diesem Geist wurde vor acht Jahren das Genfer Protokoll geboren, das von der dem ersten Kabinett Macdonald folgenden konservativen Regierung abgelehnt wurde. Es ist trotzdem dem Ziel nach von Frankreich nie aufgegeben worden, und seine wesentlichen Züge erscheinen in dem neuen Vorschlag wieder, der den Namen Tardieus trägt, bei dem aber unsichtbar Briand Pate gestanden hat.

Der entscheidende Teil des französischen Vorschlags ist der fünfte. Er enthält die bereits erwähnte These, daß der Frieden organisiert werden muß, wenn eine Konferenz über Abrüstung im Endeffekt nicht leeres Gerede bleiben soll. Frankreich legt sich wieder auf die bekannte, logisch und kausal gerechtfertigte Reihenfolge fest: Schiedsgericht — Sicherheit — Abrüstung. Nur wenn jeder Staat eine Rechtsgarantie hat, daß er bei einem Ueberfall auf sichere Beihilfe von anderer Seite rechnen kann, wird er, so geht das französische Argument, bereit sein auf Selbstschutz in größerem Ausmaß zu verzichten. Nur eine Weltbürgerschaft gegen den Friedensbrecher, nur eine starke überstaatliche Exekutive beseitigt das Mißtrauen und die Angst der Völker, deren sich die blutige Internationale mit so ausgezeichnetem Erfolg bedient. Wie erst die staatliche Gewalt durch Rechtsnorm und die Garantie des Rechtsschutzes mittels einer die Einzelkräfte überragenden Exekutive die Entwaffnung des Individuums und von Selbstschutzgruppen möglich gemacht hat, so wird auch dieser Weg für das Leben der Staaten der einzig mögliche sein. So das Prinzip und der Grundgedanke.

Daß der französische Vorschlag in seinem ersten Teil sicherlich stark auf die spezifischen französischen Verhältnisse zugeschnitten ist, ergibt sich aus der gegenwärtigen Situation, in der ja noch die Anfänge einer überstaatlichen Bürgerschaft fehlen. Immerhin setzt der französische Vorschlag einen bemerkenswerten Verzicht auf die unbedingte staatliche Souveränität voraus. Richtig ist auch die, mit einem Seitenblick auf den mandchurischen Krieg, gemachte Feststellung, daß ein Völkerbund ohne Exekutive ein Messer ohne Klinge sein muß. Logisch schließt sich daran die Notwendigkeit, eine internationale Polizeitruppe zu bilden. Es muß freilich hinzugefügt werden, daß diese stark genug sein müßte, jede friedensbrecherische Mächtigkeitskombination schlagen zu können. Ein Ueberheer also. Man kann sich zum Verständnis immer der Parallele des Verhältnisses zwischen Staat und Individuum bedienen, diese Entwicklung auf den größeren Maßstab übertragen, nicht ohne zu vergessen, daß auch hier das Wort von Hegel-Marx gilt: die Quantität schlägt in die Qualität um.

Es ist verständlich, daß gegen solch Ueberheer Gefühlsregungen wach werden. Der Völkerbund ist heute, soweit er überhaupt aktiv ist, das Instrument kapitalistischer Staaten und Staatsgruppen. Ein solches Heer, auch wenn es internationale Polizeitruppe genannt wird, könnte z. B., was viele fürchten, zu einem imperialistischen Feldzug gegen Rußland mißbraucht werden. Wer hat praktisch im Endeffekt die Verfügungsgewalt? Eine sehr wesentliche, bis dato natürlich noch unge löste Frage. Es wird da beträchtliche Rivalitätsstreitigkeiten geben. Diese bedeuten allerdings wiederum eine gewisse Sicherung. Interessengruppen arbeiten einem Mißbrauch durch einzelne Gruppen entgegen. Trotzdem: die Gefahr bleibt solange es kapitalistisch-imperialistische Mächte gibt. Das gleiche Bedenken gilt einem internationalen Gerichtshof gegenüber. Er wird immer geneigt sein, Klassenjustiz zu treiben und das Recht des Stärkeren zur Richtschnur seiner Urteilsfällung zu machen.

All das und noch viel mehr kann gegen den französischen Vorschlag eingewandt werden und wird eingewandt. Nicht nur von deutscher, auch von französischer Seite,

Organisierung des Friedens

Frankreich schlägt Völkerbund-Exekutive vor und internationalen Rechtsschutz

Genf, 5. Februar.

Die französische Denkschrift, die heute abend den Vertretern der Presse mit mündlichen Erläuterungen des französischen Kriegsministers Tardieu übergeben wurde, ist in Form konkreter Vorschläge gefaßt, die in fünf Abschnitte gegliedert sind.

Der erste Abschnitt

fordert, daß die Zivilluftfahrt und die Bombenflugzeuge, das heißt Flugzeuge, deren Tragkraft und Aktionsradius besonders groß ist, dem Völkerbund zur Verfügung gestellt werden, weil diese neuartige Kriegswaffe sich gegenüber der Zivilbevölkerung am grausamsten auswirke. Die französische Regierung fordert zunächst

die Internationalisierung der Zivilluftfahrt. Die Staatsangehörigen der Signaturmächte der künftigen Abrüstungskonvention sollen nur solche Flugzeuge herstellen und frei verwenden dürfen, die nicht militärisch verwendbar sind und deren Größe eine von der Konferenz festzusetzende Ziffer nicht übersteigt.

Unter den gleichen Bedingungen wie die Flugzeuge soll, wie

der zweite Abschnitt

vorsieht, das folgende Material der Land- und Seerüstungen dem Völkerbund zur Verfügung gestellt werden: Schwere Artillerie, Linienschiffe, d. h. Schiffe mit Geschützen von über 203 Millimeter oder mit einer Tonnage von über 10 000 Tonnen sowie Unterseeboote, die eine festzusetzende Tonnage überschreiten.

Im dritten Abschnitt

der französischen Denkschrift wird vorgeschlagen, zugunsten des Völkerbundes außerhalb der in den vorhergehenden Abschnitten vorgesehenen Aktionsmittel erstens eine

internationale Polizeitruppe zur Verhütung des Krieges,

zweitens eine erste Staffel von Exekutionsstreitkräften zur Bekämpfung des Krieges und zur sofortigen Hilfeleistung für einen angegriffenen Staat zu schaffen. Die Polizeitruppe soll ständig verfügbar sein, um in Krisenzeiten die Gegenden, in denen eine Konfliktgefahr entstanden ist, zu besetzen und dort das Vorgehen der Beauftragten des Völkerbundes zu unterstützen, sowie um zur Durchführung aller einseitigen Maßnahmen im Rahmen des Abkommens über die Kriegsverhütungsmittel und des Artikels 11 des Völkerbundes beizutragen. Sie soll zu diesem Zweck das Recht des freien Durchzuges besitzen. Diese Polizeitruppe würde aus Kontingenten bestehen, die jeder der vertrag-

schließenden Teile in einem festzusetzenden Verhältnis zu stellen hätte. Es würde Aufgabe des Völkerbundes sein, das Kommando der internationalen Polizeitruppe zu regeln und für die Inspektion zu sorgen.

Hinsichtlich des Materials der Landrüstungen sollen sich die vertragschließenden Teile, die Tanks oder ähnliche Panzerwagen sowie schwere Artillerie besitzen, verpflichten, die dem Völkerbund zur Verfügung stehenden Streitkräfte damit auszustatten.

Unter der Ueberschrift

„Schutz der Zivilbevölkerung“

schlägt die französische Denkschrift Einschränkungen des Luftkrieges vor, die den Konventionsentwurf des Vorbereitungsausschusses in einigen Punkten ergänzen. Hiernach soll unzulässig sein die Verwendung von Brandbomben oder Bomben mit Giftgasen oder Bazillen, sei es durch Abwurf von Flugzeugen oder durch Land- und Schiffsartillerie, ferner jedes Bombardement durch Flugzeuge oder durch Artillerie außerhalb einer sich an die Landfront anschließenden Zone von noch festzusetzendem Ausmaß. Ausgenommen von dieser Schutzbestimmung soll lediglich dasjenige Gelände sein, das als Luftfahrtstützpunkt oder zur Aufstellung weittragender Geschütze dient. Durch eine flagrante Verletzung einer dieser Regeln soll der Schuldige gegen sich die Vermutung schaffen, im Sinne des Artikels 16 des Völkerbundsstatuts zum Krieg geschritten zu sein.

Der 5. Abschnitt, Organisationsbedingungen des Friedens,

lautet folgendermaßen:

„Die Regierung der Republik ist sich bewußt, daß die vorstehend gemachten Vorschläge politische Maßnahmen bedingen, die allein ihre Auswirkungen ermöglichen und sichern. Sie betont nochmals, daß nicht durch empirische und technische Verfahren eine wesentliche Herabsetzung der Rüstungen herbeigeführt werden kann. Wer dieses Ziel will, — und dieses Ziel drängt sich auf — muß die Mittel wollen. Man muß den Plan ändern und von nun an in der gemeinsamen Aktion die Sicherheit erstreben, die jeder Staat bisher auf seiner eigenen Kraft beruhen zu lassen sich bemüht hat. Das liegt ganz im Geiste der Völkerbundsatzung. Ihre Bestimmungen, die, seit man über ihre Anwendung diskutiert, stets im Sinne der geringsten Anstrengung ausgelegt worden sind, müssen wieder ihre starke Bedeutung erhalten.“

Die gegenwärtige Konferenz liefert die beste Gelegenheit, die sich seit dem Anfang ge-

wenigstens vom Organ der französischen Sozialisten, deren grundsätzliche Oppositionsstellung man aber nicht übersehen darf. Sie erfüllen damit die wesentliche Pflicht einer internationalen Partei, den Nationalismus im eigenen Land zu bekämpfen. Den „Populaire“ als Kronzeugen für die nationalistischen Absichten in Deutschland anzurufen, muß den deutschen Nationalisten überlassen bleiben!

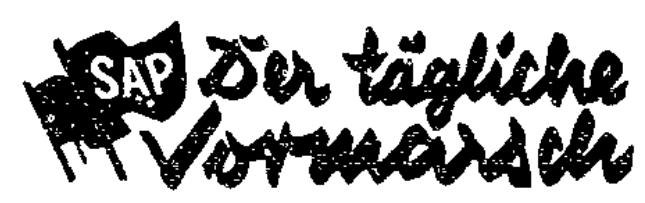
Das Problem ist viel zu komplex, um in bedrängter Kürze hier ausreichend behandelt werden zu können. Soviel aber darf gesagt werden: Ansätze zur internationalen Organisierung eines Rechtszustandes, zur Einschränkung der einzelstaatlichen Souveränität sind von sozialistischer Betrachtung her positiv zu werten. Mag der französische Vorschlag ernst gemeint sein oder vielleicht nur, wie viele glauben, ein Trick, um der militärischen Ueberlegenheit nicht verlustig zu gehen; er ist in Wahrheit der einzig konstruktive Plan, der von einer kapitalistischen Regierung gemacht worden ist. Es käme also darauf an, die Franzosen beim Wort zu nehmen.

Hier beginnt denn auch die Aufgabe des internationalen Proletariats, an die es herangehen muß, ohne sich Illusionen über den Zustand der nationalen und internationalen Einrichtungen im Zeitalter des Kapitalismus hinzugeben. Sie sind selbstverständlich abhängig von dem Machtstand des internationalen Kapitals. Aber so wenig wir kapitalistische Organisationsformen einfach zerschlagen wollen und können, die ja aus dem Gesetzen des kapitalistischen Systems sich ergeben, wie wir sie im Gegenteil durch Aenderung der Verfügungsgewalt zu Instrumenten für das Proletariat, für eine Planwirtschaft umstülpen müssen —, so wenig Sinn hätte es, solche aus dem Zwang der Verhältnisse entstehende Bindungen zerschlagen zu wollen. Die national und internationale Machtgewinnung des Proletariats ist der entscheidende Faktor für die Wirkungsmöglichkeiten und Wirkungsrichtung all dieser Pläne und Institutionen.

Die entscheidende Frage ist immer die, ob der französische Vorschlag die Logik der Erfahrung und die Logik der Entwicklung für sich hat. Das kann ernsthaft kaum bestritten werden. Selbst der „Vorwärts“ spricht von einem „erhabenen Gedanken um ihn jedoch abzulehnen und ihn als den „Schlußpunkt einer allgemeinen Totalabrüstung“ zu deklarieren. Die „Ungleichheit der Rüstungen“ bedrückt in erster Linie sein national empfindendes Herz. Aber: Rüstungs-

beschränkung ohne die oben erwähnten Voraussetzungen führt nicht weit und gewiß nicht zur Beseitigung der Kriegsgefahr. Es bleibt selbst bei „Rüstungsgleichheit“ ungemildert die Anarchie der „staatlichen Souveränität“, es bleibt die Kriegspotenz — der Begriff darf heute als bekannt vorausgesetzt werden — als ein unberechenbarer Faktor. Das Abrüstungsspiel läuft unter solchen Umständen, wie wir das schon einmal sagten, nur darauf hinaus: Wer betrügt wen! (Die Regierung Tardieu mag bei diesem Spiel ein gewiß nicht unbeteiligter Zuschauer sein.) Es kommt im günstigsten Fall eine kleine Milderung der den Völkern auferlegten Rüstungslast heraus. Der mögliche Rückfall in die Barbarei wird dadurch nicht beeinträchtigt. Der Abbau der Rüstungen aber kann in viel größerem Maßstab vor sich gehen, wenn die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind.

Nicht Gefühl kann hier maßgebend sein, sondern nur Analyse und Verstandes anwendung. Internationale, übernationale Propaganda, die über den Rahmen der Vereinigungen klassenbewußter Arbeiter hinausgehen muß und kann, hat hier einzusetzen. Soweit sie nicht durch nationalistische Betrüger allzusehr verseekelt sind, ist der Friedenswille der Völker unbezweifelbar. Der französische Vorschlag, mag er auch mit kapitalistischen und nationalistischen Fallstricken reichlich versehen sein, kann zum Werkzeug werden für den Befreiungskampf des Proletariats, wenn es ihm die Richtung gibt, die in seinem grundsätzlichen Teil angedeutet ist. Unerbittlicher Klassenkampf gegen die eigenen kapitalistischen Regierungen, Klassenkampf gegen den Nationalismus im eigenen Land, sind die Voraussetzungen.



Die Mitgliederzahl der SAP Schönlade (Erzgebirge) ist auf 170 angewachsen und damit höher als die der SPD vor der Spaltung. Allein die Genossin Bittner hat in kurzer Zeit 35 Genossinnen gewonnen.

Das Ergebnis einer SPD-Versammlung in Oschatz, in der Engelbert Graf referierte, ist der sofortige Uebertritt eines Genossen, der 39 Jahre der SPD angehört hatte, zur SAP. Weitere werden demnächst folgen.

boten hat, endgültig zwischen einem mit Exekutivgewalt ausgestatteten Völkerbund und einem Völkerbund zu wählen, der durch unanschließige Souveränitäten gelähmt ist.

Frankreich hat seine Wahl getroffen. Es schlägt den anderen Staaten vor, ihre zu treffen. Die Maßnahmen, ohne die die obigen Vorschläge unwirksam und selbst undenkbar werden, setzen u. a. voraus:

die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit, die Begriffsbestimmung des Angreifers, Garantien hinsichtlich der raschen Entscheidung über die Verwendung der Streitkräfte, die Uebereinstimmung des Vorgehens der zu dieser Entscheidung berufenen Stellen mit den Regeln eines noch unzureichend geklärten internationalen Rechts, in dem jedoch die Verträge und die Pakte das feste vertragliche Element bilden, und schließlich eine internationale Kontrolle der Regelung der Rüstungen.

Diese Vorkehrungen, zu denen die französische Delegation sich konkrete Vorschläge vorbehält, bilden einen wesentlichen Bestandteil der seit zwölf Jahren vom Völkerbund unternommenen Prüfung der Abrüstungsfragen. Alle notwendigen Bestandteile einer Lösung sind darin enthalten. Ein Abkommen in diesem Sinne würde nicht nur eine wesentliche Etappe auf dem Wege der allgemeinen vertraglichen Begrenzung der Rüstungen und ihrer Herabsetzung bedeuten, sondern auch einen großen Fortschritt auf der Wege der Organisierung des Friedens. Da die vorgesehene Organisation allgemein sein muß, würde das Wirksamwerden der Verpflichtungen, die zu übernehmen die verschiedenen Mächte sich bereit erklären würden, bis zur Ratifizierung des Schlussabkommens durch die Gesamtheit der vertragschließenden Teile aufgeschoben werden.

Die französische Regierung hat in ihrem Memorandum vom 15. Juli 1931 und in den Anlagen dazu genaue Angaben über die Entwicklung der französischen Rüstungen und über die Herabsetzungen geliefert, die sie bereits freiwillig aufgrund des Artikels 8 der Völkerbundsatzung seit deren Inkrafttreten und seit dem Abschluß der Locarnoabkommen vorgenommen hat. Diese Herabsetzungen, die Frankreich durch das auf der bestehenden Ordnung begründete politische Statut ermöglicht wurden, sind das Unterpfand seiner Entschlossenheit, wenn die gegenseitige Hilfeleistung einmal an die Stelle der Isolierung getreten sein wird, neue Herabsetzungen im Rahmen der gegenwärtigen Vorschläge und der grundlegenden Garantien, die diese Vorschläge für den Frieden sichern würden, anzustreben.

Zusammenstöße zwischen Nazis und Kommunisten

Timmendorferstrand, 6. Februar.

Bei einer nationalsozialistischen Versammlung, die gestern abend hier angesetzt war, kam es zu

schweren politischen Zusammenstößen, bei denen zahlreiche Personen Verletzungen davontrugen.

Reichsbannerleute sollen versucht haben, ohne Eintrittsgeld zu bezahlen, in das Versammlungslokal einzudringen. In wenigen Augenblicken war eine Schlägerei im Gange, in deren Verlauf auch mehrere Schüsse fielen. Soweit sich bisher feststellen ließ, sollen 15 Anhänger der NSDAP Verletzungen erlitten haben und ein Mann durch Schüsse schwer verwundet worden sein. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Wie die Telegraphenunion meldet, sollen bei einer Versammlung in Oelsnitz im Vogtland, in der der aus der Boxheimer Angelegenheit bekannte Dr. Schäfers sprach

Zusammenstöße zwischen Reichsbannerleuten, Kommunisten und Nationalsozialisten

stattgefunden haben, bei denen 30 Reichsbannerleute über 8 Nazis, die das Versammlungslokal betreten wollten, hergefallen sein.

Wir geben diese Meldungen bürgerlicher Nachrichtenbüros mit allem Vorbehalt wieder. Es ist nicht anzunehmen, daß die Vorgänge sich in der geschilderten Form zugetragen haben.

Groener als Philosemit

In einer Unterredung, die Vertreter verschiedener jüdischer Organisationen wegen der nationalistischen Ausschreitungen mit dem Reichsinnenminister hatten, erklärte Groener, daß die Reichsregierung die Angriffe gegen die jüdische Religionsgemeinschaft und ihre Bekenner schärf mißbilligt und daß die Regierung fest entschlossen ist, die verfassungsmäßigen Rechte aller deutschen Staatsbürger mit äußerster Entschiedenheit und mit Einsetzung aller Machtmittel zu schützen.

Es gibt eine jüdische Redensart, man sollte unglaubwürdige Geschichten einem Goy (Christen) erzählen. Aber in diesem Falle dürfte auch das nichts nützen.

Wagemann auf der Wage

Seine Kritiker und Befürworter

Berlin, 6. Februar

Die Geister, die aus Wagemanns Geld- und Kreditreform-Projekt auf den Plan gerufen hat, sind bis zur Stunde noch nicht abgetreten. Noch immer wird das Für und das Wider des Plans gewogen, ohne daß im Augenblick gesagt werden kann, wohin der Zeiger der Wage weist. Allgemein kann man nur feststellen, daß die Befürworter des Planes beträchtlichen Zulauf haben und sich je länger desto nachhaltiger für das Projekt erwärmen, während gleichzeitig das Urteil der Gegner immer vernichtender wird, je länger sie die Wagemannsche Schrift ans Licht halten. Beispielsweise läßt die Wirtschaftszeitschrift des Herrn Gustav Stolper, „Der deutsche Volkswirt“, an dem ganzen Plan auch nicht ein einziges gutes Haar. Hintereinander haben in dieser Zeitschrift bereits Carl Landauer und Albert Hahn das Projekt erbarmungslos zerzaust und nun ergreift in der neuesten Ausgabe der Zeitschrift Gustav Stolper selber das Wort und räumt auch mit den letzten Resten, die die Kritik seiner Mitarbeiter noch übrig ließ, auf. Die Zensuren, die Stolper hierbei dem Direktor des Reichsstatistischen Amtes erteilt, sind alles andere als freundlich. Stolper weist auf eine ganze Reihe von Widersprüchen hin, die auf dem engen Raum der kleinen Schrift anzutreffen sind und wirft dem Verfasser Unkenntnis über Zusammenhänge vor, die sogar „ein Student im zweiten Semester, der sich vor dem Durchfall bewahren will, nicht mehr bestreiten dürfte“.

Vergessene Binsenwahrheiten

Ohne Zweifel erweist sich Stolper nicht nur als der Mann des stärkeren Temperaments, sondern auch des größeren Rechts. Es ist tausendmal richtig, daß, wie Stolper behauptet, die Durchführung des Wagemannschen Plans an der gegenwärtigen angespannten Lage der Reichsbank praktisch nicht das geringste ändern würde, wie es auch tausendmal Unsinn ist, daß es praktisch möglich wäre, gedecktes und ungedecktes Notengeld nebeneinander zirkulieren zu lassen, ohne die Währung selber in Gefahr zu bringen. Und ebenso tausendmal ist Stolper im Recht, wenn er bestreitet, daß die zufällig technische Unterscheidung zwischen kleinen und großen Noten irgendwie mit der Technik der Auslandszahlungen zusammenhängen soll, da man an das Ausland regelmäßig weder mit großen noch mit kleinen Noten, sondern normalerweise durch Ueberweisungen zahle. Eher — auch darauf verweist Stolper — wird aus der Wagemannschen Behauptung ein Schuh, wenn man sie umkehrt, da, wo Einwechslung von Noten im Ausland erfolgt, es sich zunächst und in aller Regel gerade um kleine Noten handle.

Ein ahnungsloser Kritiker

All das sind derartige Selbstverständlichkeiten, daß man sich beinahe scheut, sie auszusprechen. Wenn aber schon in den obersten Höhen des Statistischen Reichsamtes über die Zusammenhänge des Geld- und Kreditwesens ein so barer Unsinn grassiert, dann kann es nicht wundernehmen, wenn in den unteren Sphären gerade vor der Wagemannschen Funktionsteilung der kleinen und großen Noten strammgestanden und — wie dies keineswegs im Spaß, sondern allen Ernstes in einem sozialdemokratischen Blatt Sachsens geschieht — der Umlauf der großen Währung als „für unseren Außenhandel unbedingt nötig“ erklärt wird, wobei dann noch zur besonderen Begründung dieser Notwendigkeit auf den hohen Anteil der für die Ausfuhr bestimmten Produktion verwiesen wird, als ob ein Land nicht gerade mit seiner Ausfuhr bezahle, sondern für deren Wert noch selbst mit eigenem Notengeld im Ausland aufzukommen hätte. Dieser Fall bedürfte keiner Erwähnung, wenn er nur die entwerfende Ahnungslosigkeit eines zufällig oder nicht zufällig auf das Gebiet der Wirtschaft verschlagenen Redakteurs darstellte. Er ist leider mehr: er veranschaulicht die ganze erregende Unwissenheit, die gerade in derjenigen Partei so üppig emporwuchern konnte, deren wissenschaftliche Begründer just das Gebiet der politischen Oekonomie bis in die hintersten Winkel durchleuchtet und der sozialistischen Bewegung auch Instrumente hinterlassen haben, die diese wie keine andere in standsetzen, jederzeit die Nebel bürgerlicher Wissenschaft zu zerteilen. Damit ist auch ohne weiteres die Erklärung dafür gegeben, daß Wagemanns Geld- und Kreditplan gerade bei der Sozialdemokratie auf einen fruchtbarsten Boden gefallen und beispielsweise im „Vorwärts“ mit einer wahren Begeisterung als das Ei des Kolumbus begrüßt worden ist.

Nicht allein Unkenntnis

Im Falle des „Vorwärts“ freilich gibt die wirtschaftliche Unkenntnis noch nicht zugleich die ganze Erklärung für die Anbetung des Wagemann-Plans. Die Begeisterung auf dieser Seite entspringt noch anderen Ueberlegungen. Die Krise hat mit rauher Hand alle sozialdemokratischen Hoffnungen, man könne still und heimlich dem Kapitalismus die Giftzähne aus-

brechen und ihn allmählich zu einem Reich des Sozialismus umbauen, über den Haufen geworfen. Der Kapitalismus zeigt sich verheerender als je. Was immer in den Jahren der Konjunktur als „Bausteine des Sozialismus“ seinem Gefüge einverleibt wurde, ist schon im ersten Ansturm der Krise wieder herausgebrochen. Not, Elend und Existenzunsicherheit der breiten Massen sind größer als zu irgendeinem früheren Zeitpunkt. Illusionen sind aber zähe. Weit davon entfernt, ihren Weg als Irrweg zu erkennen, klammert sich die Sozialdemokratie mit aller Energie an die Vorstellung, daß diese Krise nur eine Art Betriebsunfall und nicht eine logische und zwangsläufige Ausmündung des kapitalistischen Systems selbst sei, so daß auch ein Zwang zu einem radikalen Umsturz keineswegs bestehe, sondern eine rein technische Reparatur des kapitalistischen Gefüges genüge. Diese Möglichkeit sieht die Sozialdemokratie nun in dem Wagemannschen Plan gegeben. Sie vertraut dem Direktor des Reichsstatistischen Amtes, daß er die Materie schon genügend beherrsche, zumal ihm ja auch der Arbeiterbank-Direktor Bachem beratend zur Seite stand, und daß sie auf diese Weise wenigstens der Mühe entoben werde, ihren eigenen Kurs zu revidieren.

Eine neue Illusion

In Wirklichkeit taumelt die Sozialdemokratie nur von einer Illusion in die andere. Denn natürlich ist es eine Illusion, der Krise irgendwie zu Leibe rücken zu wollen, ohne die Hand an deren entscheidende Ursachen zu legen. Diese aber haben ihre Wurzeln in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, oder, was dasselbe ist, in den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen. Die Wirtschaft ist nicht darum aus den Fugen, weil irgendwelche Räder des kapitalistischen Getriebes nicht mehr mit-schwingen, sondern diese Räder funktionieren nicht mehr, weil der Unterbau ihrer Maschine ins Wanken geraten ist. Alles Flicker und Reparieren an den Mechanismen des Kapitalismus ist darum vor vornherein zur Wirkungslosigkeit verurteilt. Die Wirtschaft ist weder von der Seite des Kredits, noch von der Seite der Währung wieder zur Funktion zu bringen.

Was will Wagemann?

Wagemann denkt in dieser Beziehung über seinen Plan auch wesentlich skeptischer als die meisten seiner Anbeter. Weit davon entfernt, eine sofortige Krisenüberwindung oder auch nur eine fühlbare Entspannung zu erwarten, weist er seinem Plan den Zweck zu, „ein Kreditsystem aufzubauen, das als Grundlage neuen Vertrauens den Sammelpunkt aller liquiden Mittel bildet“. Nicht die Besserung selbst verspricht also Wagemann, sondern nur die Voraussetzung hierzu. Wenigstens hat er diesen Kommentar mündlich in einer Versammlung gegeben, in der er sich mehr wort- als erfolgreich bemühte, seinen Plan zu popularisieren. Wer wollte, konnte diese Rede auch als eine Chamade deuten. Jedenfalls bestand Wagemann nicht darauf, daß man sich sofort an die Durchführung seines Planes heranwage, sondern erklärte sich mit einer Vertagung durchaus einverstanden. Insofern er selber mit seinem Plan in ein schiefes Licht geraten und als zu leicht befunden worden ist, fällt die Schuld aber nur zu einem Teil auf die Ahnungslosigkeit, mit der er und seine Mitarbeiter an den Stoff herangegangen sind. Sein und seiner Mitarbeiter Verhängnis ergab sich vielmehr aus der total verfahrenen Situation, die zu meistern sie sich vorgenommen hatten. Die Basis des ganzen deutschen Kredit- und Geldsystems hat sich seit dem Juli vorigen Jahres derart verengt, daß es sich lähmen auf das ganze Wirtschaftsleben legt und dieses vollständig zu erdrosseln droht. Das ist die Gefahr, die Wagemann zwar nicht als erster begriffen, wohl aber als erster unter den Autoritäten der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft mit allem Freimut ausgesprochen hat. Ausdrücklich macht Wagemann die folgende Feststellung zum Ausgangspunkt für seine Vorschläge: „So stehen wir vor der Tatsache, daß unser Bankensystem seiner vornehmsten Aufgabe nicht mehr gerecht wird: der Wirtschaft die für die Aufrechterhaltung einer sachlich gewährleisteten Produktion und Zirkulation notwendigen Kredite in genügendem Maße zur Verfügung zu stellen.“ Das ist das Eingeständnis des völligen Versagens, zu dem der Kreditmechanismus in Deutschland heute verurteilt ist und insofern entbehren Gedanken darüber, wie er wieder funktionsfähig gemacht werden kann, alles andere als der Aktualität, was ja auch durch das große Interesse, das der Wagemann-Plan überall ausgelöst hat, bestätigt wird. Auch ist Wagemann durchaus im Recht, wenn er die Behauptung, sein Plan bezwecke die Inflation, weit von sich weist. Das liegt — soweit kann man den Bemerkungen Wagemanns durchaus Glauben schenken — keineswegs in seiner Absicht. Tatsächlich versucht Wagemann nur eine Neuordnung der herrschenden Kredit- und Geldbeziehungen in

der Weise, daß er vereiste Kredite durch Papiergeld auftaut und dieses in Zirkulation setzt, wodurch der Kreditmarkt selbst wieder aus seiner heutigen Enge befreit wird. Wagemann gießt also bestehende Beziehungen nur in neue Formen, ohne deren Inhalt zunächst selber zu ändern, und, soweit dies die Gefahr einer Geldinflation heraufbeschwört, so wird damit nur ein Zustand in hellstes Licht gerückt, der an sich schon besteht. Denn natürlich macht es praktisch keinen Unterschied ob die Reichsbank, wie dies heute der Fall ist, als letzte Zuflucht aller großen Schuldner, milliardenweise Kredite gegen Finanzwechsel vergibt oder für den entsprechenden Betrag Papiergeld in Umlauf bringt.

Warnung und Appell

Nichts leichter darum, als sich wie ein Stolper auf das hohe Roß zu setzen und den Wagemannschen Plan zu zerfetzen. Die ihm mit vollem Recht zugeschriebenen Gefahren wird eben jeder Reformplan enthalten, der nicht Hand an die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft, die Produktion, legt, sondern von der Sphäre des Kredits und der Währung aus eine Heilung anstrebt. In die Sphäre der Produktion vorzustoßen aber würde in der heutigen Zeit bedeuten, in größtem Maßstabe Enteignungen durchzuführen und sei dies auch nur auf dem Weg der Pleiten. Nichts aber wird von den Kapitalisten mehr gefürchtet als dies und da dies die einzige Alternative ist, vor die der Kapitalismus sich gestellt sieht, so wird es durchaus verständlich, daß überall auch die kapitalistischen Sympathien für das Wagemann-Projekt in der Zunahme begriffen sind. Eine Inflation würde nicht nur die Kapitalisten dem Zwang

vor Enteignung entheben, sondern eröffnete noch die Möglichkeit zu einem neuen großen Raubzug auf die Taschen der Arbeiter und nicht zuletzt auch des Mittelstandes. Es ist denn auch kein Zufall, daß in einer Reihe anderer Länder dieser Weg, teils verdeckt, teils ganz offen begangen oder doch, wie von dem Engländer Keynes, sehr nachdrücklich empfohlen wird. Der Kapitalismus ist eben überall in einer Lage, die ihm eine andere Entspannung als durch Inflation offenbar nicht mehr gestattet. Aber aus dem gleichen Grunde kann auch schon im vornherein vorausgesagt werden, daß Inflation alles andere ist als ein Rezept, das dauernde Heilung verspricht. Denn indem der Kapitalismus in allen Ländern diese Methoden anwendet, hebt er deren Wirkungen — international gesehen — auch wieder auf, so daß auch nicht einmal vorübergehend dem einen Lande gegenüber dem andern ein Vorteil entsteht. Und da gleichzeitig Inflation in jedem einzelnen Lande wieder die ohnehin stark geschwumpfte Kaufkraft noch weiter vernichtet, so kann auch weiter vorausgesagt werden, daß am Ende dieses Weges nur um so sicherer gerade das steht, dem der Kapitalismus gerade durch dessen Beschreiten ausweichen zu können hofft: der Zusammenbruch, dem die Arbeiterklasse freilich nur dann ohne Schrecken entgegensehen kann, wenn sie mit gehaltener Kraft dasteht, um nicht nur das Unheil von sich selbst abzuwenden, sondern auf den Trümmern des Kapitalismus die roten Fahnen des Sozialismus zu hissen.

Es ist das Verdienst des Wagemann-Projektes, daß es öffentlich gezeigt hat, wie weit der kapitalistische Fäulnisprozeß in Deutschland schon gediehen ist. Insofern ist es Warnung und Appell zugleich. Warnung vor den Schrecken, die der Kapitalismus gerade in diesem Stadium für die Arbeiterschaft im Schoße birgt, und Appell, sich zusammenzuschließen nicht in einer Front mit dem Kapitalismus, sondern gegen ihn und allein gegen ihn.

Der Streik in Ostoberschlesien

Kattowitz, 5. Februar.

An der Streikabstimmung auf den Bainsow- und Richterschächten beteiligten sich 75 Prozent der Belegschaft. Für den Streik, zu dessen Durchführung achtzig Prozent erforderlich wären, sprachen sich 57 Prozent aus. Auf der Schlesien-Grube soll gestreikt werden, während die Arbeiter der Deutschland-Grube in Schwientochlowitz gegen den Streik stimmten. Auch bei einer Belegschaftsversammlung der Ferdinand-Grube wurde beschlossen, in den Streik zu treten und ein Streikkomitee zu wählen.

Die Direktion der Giesche-Gruben hat auf den Carmarer-Schächten eine Feierschicht eingelegt. Auf der Myslowitz-Grube wird bis einschließlich Sonnabend gearbeitet. Auf den Nickisch-Schächten verweigerte die Direktion die Abhaltung einer Belegschaftsversammlung, worauf sich die Arbeiter zu den Richthofen-Schächten begaben, wo es zu Streitigkeiten mit der Grubenwehr kam. Bei der dabei entstandenen Prügelei wurden zwei Personen verletzt. Die Polizei mußte eingreifen.

Der Lohnkonflikt im französischen Bergbau

Paris, 5. Februar

Die Lohnkrise im französischen Bergbau hat sich bisher trotz des vermittelnden Eingreifens der Regierung nicht lösen lassen. Am nächsten Mittwoch soll daher der Nationalrat der Bergarbeiter zu einer außerordentlichen Sitzung in Paris zusammentreten, in der nicht nur die Lohnfrage, sondern auch das gesamte Kohleproblem behandelt werden soll.

Paris, 5. Februar

Der allgemeine französische Arbeiterverein (CGT) hat angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftslage beschlossen, die Sitzung seines Nationalrats um einige Wochen vorzuzerlegen, und zwar soll sie bereits am 8. Februar stattfinden. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Wirtschaftskrise und die Abrüstungskonferenz.

Weberstreik in England

TU. London, 6. Februar

15 000 Weber des Burnley-Berzirks haben im Zusammenhang mit der Einführung der viel erörterten Absicht, die Bedienung mehrerer Webstühle einem Weber zu übertragen, in einer Versammlung am Freitag einen Proteststreik gegen die Nichteinhaltung der Lohn- und Arbeitszeitabkommen durch die Arbeitgeber erklärt. Der Streik soll am Sonnabend beginnen.

Rekord! Im Plenum des Sejms wurden am Freitag in dem üblichen Schnelltempo, zum Teil ohne jede Aussprache, fünf Haushalte in zweiter Lesung verabschiedet, und zwar die des Staatspräsidenten, des Sejms und des Senats, des Außen-, Kultus- und des Postministeriums.

Reichsregierung für Aushungerungsmaßnahmen

Berlin, 5. Februar.

In der Aussprache über den Reichsratsanspruch gegen das vom Reichstag beschlossene Gesetz über die Gefrierfleisch-einfuhr hatte als Vertreter der Reichsregierung Ministerialrat Kürschner betont, daß eine Wiedereinführung des Gefrierfleischkontingents auf dem Lande wie Sprengpulver wirken würde. Der Einspruch des Reichsrats treffe völlig das Richtige. Die Viehpreise seien seit Januar 1931 nahezu um die Hälfte gesunken, und der Bauer müßte infolgedessen zu Schleuderpreisen verkaufen.

Nach Ablehnung des Reichsrats-einspruchs nahm der Haushaltsausschuß mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten einen neuen Gesetzentwurf der Sozialdemokraten an, wonach mit Rückwirkung vom 1. März vorigen Jahres jährlich 50 000 Tonnen Gefrierfleisch zollfrei zur Einfuhr zugelassen werden sollen.

Die Ablehnung des Reichsrats-einspruchs durch den Haushaltsausschuß ist praktisch völlig bedeutungslos. Er ist nur infolge des Fernbleibens der Nationalsozialisten und des Fehlens einiger bürgerlicher Vertreter zustande gekommen. Da im Reichstagsplenum zur Aufhebung eines Reichsratsbeschlusses aber eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, ist nicht damit zu rechnen, daß der Regierung durch ihre einseitig an den großagrarisches Interessen orientierten Aushungerungspläne ein Strich gemacht werden kann.

Inzwischen haben die Nazis durch ihre Reichstagsfraktion erklärt, sie wollten keinen Zweifel darüber lassen, daß sie, auch wenn sie sich an den Ausschüßberatungen nicht beteiligten, auf jeden Fall einen Beschluß des Reichstags auf Zulassung eines neuen Gefrierfleischkontingents verhindern werden.

Wir haben auch ohne diese feierliche Erklärung nicht daran gezweifelt, daß sie sich wieder in die Ausbeuterfront einreihen würden.

Lettländisch-russischer Nichtangriffspakt unterzeichnet

Freitag wurde in Riga der Nichtangriffsvertrag Sowjetrußlands mit Lettland unterzeichnet. Die Ratifizierung erfolgt erst, wenn Estland seinen Nichtangriffvertrag mit Rußland abgeschlossen hat. Der Vertragsinhalt wird in den nächsten Tagen veröffentlicht.

Ungewöhnliche Kälte auch in Ungarn

Aus dem ungarischen Tieflande laufen Berichte über ungewöhnliche Kälte und Schneeverwehungen ein. Die große Kälte hat zahlreiche Wölfe aus den Karpathen bis zur Theiß herabgetrieben. Das Gefährt eines Bauern wurde von drei Wölfen angegriffen. Die Pferde wurden scheu und nahmen Reißaus.

Frauenblatt der SAZ

Lenin über die Frauenfrage

Die wenigsten Männer — auch die Proletarier nicht — denken daran, wie man die Mühe und Plage der Frau erleichtern, ja ganz abnehmen könnten, wenn sie bei der „Weiberarbeit“ zugreifen wollten. Aber nein, das ist gegen „das Recht und die Würde des Mannes“. Die verlangen, daß er seine Ruhe und Bequemlichkeit hat. Das häusliche Leben der Frau ist ein tägliches Geopfertwerden bei tausend wichtigen Kleinigkeiten. Das alte Herrenrecht des Mannes lebt versteckt weiter. Objektiv nimmt seine Sklaverei ihre Rache dafür. Ebenfalls versteckt. Die Rückständigkeit der Frau, ihre Unverständlichkeit für die revolutionären Ideale des Mannes vermindern dessen Kampfesfreudigkeit und Kampfesentschlossenheit. Sie gleichen winzigem Gewürm, das unbeachtet, langsam aber sicher zermürbt und zernagt.

Es ist daher auch richtig, daß wir Forderungen zugunsten der Frauen erheben. Das ist kein Mindest- und Reformprogramm im Sinne der Sozialdemokratie, der zweiten Internationale. Kein Bekenntnis, daß wir an die Ewigkeit oder auch nur an die lange Dauer der Bourgeois Herrlichkeit und ihres Staates glauben. Kein Versuch, die Frauenmassen durch Reformen zu besänftigen und vom Wege des revolutionären Kampfes zu locken. Das alles und anderer reformistischer Schwindel mehr, ist es durchaus nicht. Unsere Forderungen sind nur praktische Schlußfolgerungen, die wir aus den brennenden Nöten, den schändlichen Demütigungen der Frauen als Schwache und Rechtlose in der bürgerlichen Ordnung ziehe. Wir beweisen dadurch, daß wir diese Nöte kennen und die Demütigungen der Frau, das Vorrecht des Mannes fühlen. Daß wir das alles hassen, jawohl hassen, und beseitigen wollen, was die Arbeiterin, die Arbeiterfrau, die Bäuerin, die Frau des kleinen Mannes, ja sogar in mancher Beziehung auch die Frau der besitzenden Klasse drückt und quält.

(Aus einem Gespräch mit Lenin, mitgeteilt von Klara Zetkin.)

Frauen auf der Genfer Abrüstungskonferenz

Internationale bürgerliche Frauenorganisationen haben anlässlich der Abrüstungskonferenz Abordnungen nach Genf entsandt. Auf den Gang der Verhandlungen haben diese Damen natürlich nicht den geringsten Einfluß. Aber daraus schließen zu wollen, daß die Frauen auf der Konferenz keine Rolle spielen, wäre durchaus irrig.

Wie der Berichterstatter des Organs der englischen Arbeiterpartei, des „Daily Herald“, mitteilt, hat nämlich ein bekanntes, im geheimen französischen Militärdienst stehendes öffentliches Haus in Paris für die Dauer der Abrüstungskonferenz in Genf eine Filiale errichtet. Das also ist die Rolle, zu der Frauen herangezogen werden, wenn die Vertreter kapitalistischer Staaten über die „Befriedung der Welt“ beraten . . .

Ob wohl da ein Zusammenhang besteht? Am Tage wird das „potentiel de guerre“, die Kriegspotenz, diskutiert. Soll sie abends praktisch erprobt werden?

Loß der dritten Sache

(Aus: „Die Mutter“ von Bert Brecht)

Immer hört man, wie schnell die Mütter die Söhne verlieren, aber ich behielt meinen Sohn.
Wie behielt ich ihn? Durch die dritte Sache.
Er und ich waren zwei, aber die dritte, gemeinsame Sache, gemeinsam betrieben, war's, die uns einte.
Oftmals selber hörte ich Söhne mit ihren Eltern sprechen, wieviel besser war doch unser Gespräch über die dritte Sache, die uns gemeinsam war.
Vieler Menschen große gemeinsame Sache, wie nahe waren wir uns dieser Sache nahe.
Wie gut waren wir uns, dieser guten Sache nahe.

Literaturhinweis

„Der Sozialistische Arzt“

Die ausgezeichnete Zeitschrift des Vereins Sozialistischer Ärzte enthält auch in ihrem neuesten Heft wieder eine Reihe von Beiträgen, die das allgemeine Interesse beanspruchen können. Wir heben aus dem reichen Inhalt vor allem den tiefgründigen Aufsatz von Ernst Haase über „Arzt und Jugendhelfer“ hervor, der, auf Aeußerungen Hugo Haases gestützt, einen tiefen Einblick in die Gegenwartsprobleme der proletarischen Jugend vermittelt. Ebenso dürfte ein Aufsatz über den „Weg des akademischen Proletariats“, der reiches Material bringt, unsere Leserinnen interessieren.

Die Frau und der Sozialismus

Unsere Zeit ist die Zeit des Weltverkehrs, der Bildtechnik, der Filme und illustrierten Magazine. Und die überschütten uns mit Bildern aus aller Welt. So sind uns Frauen der fernsten und fremdesten Länder ein wohler Anblick geworden. Aber manchmal durchführt uns vielleicht, wenn wir die Bilder anschauen, der Gedanke: „Was haben diese Frauen mit uns gemein?“ Die Eskimofrauen in ihren Schneehütten? Die schlanken Negerfrauen, die nackt im afrikanischen Busch arbeiten? Die tief verschleierten Frauen der Mohammedaner? Die zierlichen Teemädchen und Geishas? Ist ihr Leben und Denken nicht ebenso fremd für uns wie ihr Aussehen? Und wie können wir Sozialisten hoffen, mit unserer in Europa und aus europäischen Nöten und Sorgen geborenen Leberzeugung auf sie zu wirken?

Geht es uns nicht sogar im eigenen Lande so? In diesem Lande, das zu den fortgeschrittensten kapitalistischen Industrieländern gehört? Sind nicht auch in Deutschland noch viele Millionen, ja die Ueberzahl aller Frauen unberührt von unseren Gedanken? Wie fern ist uns oft die Welt einer Kleinbäuerin, einer frommen Katholikin oder Adventistin, einer braven, kleinstädtischen Hausfrau? Tokio und Grönland konnten uns kaum fern sein.

Darauf stützen viele Gegner ihre Hoffnung. „Die Frauen“, denken sie, „die halten zu uns. Denen können wir noch immer eine solche Angst einjagen vor den gottlosen Roten, die Familie und Heim und Besitz zerstören, daß sie uns sicher sind. Die Frauen sind eine gute Garde gegen den Sozialismus.“

Wenn sich diese guten Leute nur nicht täuschen. Wir leben heute in einer merkwürdig wandelbaren Welt. Ein paar Beispiele.

Wir haben alle in der Schule gelernt, daß die indischen Frauen abgeschlossen in ihren Frauenhäusern ihr Leben verbringen, wo sie zu nichts anderem erzogen werden, als zum unbedingten Gehorsam gegen den Gatten. Jetzt haben wir alle Berichte gelesen und Bilder gesehen von indischen Frauen, die in den großen Demonstrationszügen zur Befreiung Indiens mitzogen, nicht anders als europäische Proletarierinnen. Und als der Führer dieses Kampfes verhaftet wurde, hat er zu seinem Stellvertreter keinen Mann, sondern eine Frau — Naidu — gemacht, die nun Millionen von Männern zu leiten hatte.

China, das Land des tausendjährigen Konservatismus, hat seine Frauen so eng zu Hause gehalten, daß ihnen die Füße verkrüppelt wurden, nur damit sie nicht auf die Straße gingen. In den Kämpfen, die das Land nun schon durch Jahrzehnte erschüttern, kämpfen Frauen aber öffentlich mit als Agitatoren, Rednerinnen, Streikende und Organisatoren. Die „gebundenen Füße“ gehören für sie der Vergangenheit an und sie sitzen als Kameradinnen der Männer in den Schulen und Universitäten.

Zwei der schönsten Russenfilme schildern das Erwachen der Frau: Die Befreiung eines jungen Tartarenmädchens, das seinen Schleier wegwirft und sich selbständiges Wissen und Leben erobert; die Befreiung der russischen Arbeiter- und Bauernfrau, die nach einem Leben der dumpfen Unterwerfung im Kampf für den Sozialismus sich aufopfert und glücklich ist in diesem Opfer. Und was diese beiden Filme so schön macht, ist, daß sie alltägliche Wirklichkeit zeigen. Eine Wirklichkeit, die heute in Tausenden rund um die Erde die Augen aufschlägt.

Wer hat diese große Bewegung möglich gemacht? Zwei große Kräfte. Die erste ist die Not. Freilich ist Not und Mühsal ein altes Erbgut der Frau. Auf ihr lastet die Arbeitsnot, die auch den Mann bedrückt, doppelt schwer, weil sie als Trägerin und Pflegerin der Kinder hilfsbedürftiger ist. Und in einer Welt der Klassegegensätze, der Ausbeutung und der Gewalt finden wir sie darum stets besonders bedrückt. Denn in einer solchen Welt wird gerade den Schwächsten immer die größte Last aufgeladen. Aber die kapitalistische Lohnarbeit hat die Lage der Frau doch überall noch schwerer und scheinbar hoffnungslos gemacht. Manche Völker, wie die Indianer, sind von dieser kapitalistischen Ausbeutung vernichtet, manche, wie die Eskimos, gehen ihrem Untergang entgegen, manche, wie die Negervölker, sind durch Jahrhunderte versklavt und noch heute fast rechtlos ausgebeutet. Aber auch solche großen Völker wie die Inder und Chinesen werden bis aufs Blut ausgesogen, so daß die Bauernfrauen, um nicht zu verhungern, sich selbst und ihre Kinder in die Fabrikarbeit verkaufen müssen, zu endloser Stundenfron bei Hungerlöhnen, daß sie in schmutzigen, engen Elandvierteln ihr Unterkommen suchen, wo sie von Krankheiten und Seuchen weggerafft werden.

Gleichzeitig aber schafft die Ausbeutung der farbigen Frauen eine Schmutzkonzurrenz für die europäischen Arbeiterinnen. Die Textilarbeiterinnen im englischen Manchester und im sächsischen Crimmitschau werden erwerbslos, weil in Indien und China die Frauen für Hungerlöhne arbeiten müssen. Und das Ergebnis all unserer weltumspannen-Berufe, aus denen die Jungarbeiter verjagt

den Fortschritte, all unserer wissenschaftlichen Erkenntnisse, ist Not und Unsicherheit und Ratlosigkeit in immer weiteren Menschenkreisen.

Aber gerade diese gleiche Not bringt die Menschen einander näher. Was wir hören von der Frauenarbeit in den Fabrikhöhlen von Schanghai, das klingt genau so wie die Berichte aus den ersten englischen und deutschen Textilfabriken. Das Elend der indischen Frauen gleicht dem Weberelend in Schlesien vor hundert Jahren. Das Los der schwarzen Baumwollpflückerinnen am Mississippi und der Indianerfrauen in Mexiko unterscheidet sich kaum von dem der polnischen Landarbeiterin in Ostelbien. Und die Berichte über streikende Frauen in den Vereinigten Staaten und den Kampf der Gewerkschaften um die Organisation und gegen Polizei und Unternehmertum könnten aus dem Deutschland vor 30 Jahren stammen.

Langsam hier, und dort mit rasender Geschwindigkeit geht die Entwicklung vorwärts. Aber auf der ganzen Erde gibt es kaum noch eine Stelle, die von ihr noch nicht erfaßt ist. Denn neben der Not, aus ihr geboren, aber eine machtvolle Kämpferin gegen sie, wuchs die Erkenntnis. Sie lehrt uns, die Ursachen der Not verstehen und die Mittel zu ihrer Ueberwindung suchen. Denn die dumpfe Ergebnisheit, das geduldige Fortvegetieren und

Haben Arbeiterkinder eine Chance im Leben?

Von Jennie Lee

Der nachstehende Artikel einer bekannten englischen Arbeiterlehrerin ist dem Organ der unabhängigen Arbeiterpartei Englands entnommen. Durch die Parallellität der Verhältnisse dürfte er auch für unsere Genossinnen gerade jetzt interessant sein, wo wieder von der „Entpolitisierung der Schule“ die Rede ist.

Mit viel lebensferner Romantik wird von den Aussichten gesprochen, die Arbeiterkindern hierzulande offenstehen. Aber hier wie in jedem andern Teile der Welt ist die Erziehung nichts anderes als die bewußte oder unbewußte Anpassung des Kindes an die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen wir leben.

In jedem kapitalistischen Staat werden die Kinder notwendig zum Untertanenbewußtsein erzogen. Ohne dies könnten sie nie fähig werden, als Erwachsene das Leben der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu ertragen.

Als erster Industriestaat ist England auch das erste Land gewesen, das ein Heer von Angestellten brauchte, die lesen, schreiben und rechnen konnten. Aus dieser Notwendigkeit entstand jene Allgemeinbildung, die bis zum heutigen Tage in nichts anderem besteht, als in dem mühevollen Drill zu diesen Fähigkeiten.

Soweit ein Lehrer darüber hinaus irgendeinen Erziehungsversuch machen wollte, wurde es ihm durch die Verhältnisse in den allgemeinen Volksschulen fast unmöglich gemacht. Diejenigen, welche die gegenwärtige Gesellschaftsordnung aufrecht zu erhalten wünschen, wissen, daß sie von den „fortschrittlichen“ Erziehungsmethoden, die heute diskutiert und teilweise auch praktisch durchgeführt werden, solange nichts zu befürchten haben, wie die Arbeiterkinder weiter in Flassen zu vierzig, fünfzig und sechzig unterrichtet werden.

Es ist ganz unmöglich, daß modern eingestellte Lehrer ihre Erziehungsmethoden in dumpfen, häßlichen Schulräumen ohne die geringsten neuen Lehrmittel durchführen können. Unter solchen Verhältnissen müssen die energischsten Bestrebungen, die Kinder zu selbständigem Denken und zum Selbstbewußtsein zu erziehen, fehlschlagen; die Grundlinie ihres Denkens muß weiter in der Richtung einer Disziplin verlaufen, die das für einzig richtig, anständig und unantastbar hält, was irgendeine Autorität ihnen gesagt hat.

Lenin hat das Problem klar erfaßt, wenn er sagt:

„Schule abseits von Politik ist eine Lüge oder Heuchelei. Die bürgerliche Gesellschaft braucht diese Lüge und verhält mit ihr die Tatsache, daß sie die Schule als Herrschaftsinstrument braucht, indem sie sie für politisch neutral und im Dienste der Gemeinschaft stehend erklärt.“

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen können alle Versuche einer Erziehungsreform gar keinen oder nur geringen Erfolg haben. Man darf vom Kapitalismus nicht erwarten, daß er sich in der Schule ein Instrument zu seiner eigenen Vernichtung schafft.

Und welche Aussichten haben Arbeiterkinder, wenn sie aus der Schule kommen? Neunzig Prozent verlassen sie mit 14 Jahren. Sie müssen sich auf dem Arbeitsmarkt eine Stelle suchen, aber bei der augenblicklichen Arbeitslosigkeit ist selbst die niedrigste und schlechtest bezahlte Arbeit Tausenden verschlossen. Sie geraten in die Sackgasse jener

auch die Hoffnung auf ein besseres Jenseits nach dem Jammertal dieser Erde: die ändern nichts, sondern machen das Elend und das Unrecht dauernder und schlimmer.

Empörung, gegen das Unrecht und der Wille, es in Recht zu verwandeln,

das macht allein die Sozialistin. Die Erkenntnis aber, wie dieses Unrecht über die Erde verbreitet ist und überall aus den gleichen Ursachen quillt, gibt uns die sichere Ueberzeugung, daß wir gemeinsame Not in gemeinsamem Kampf bezwingen können und werden.

Noch sind viele Frauen so befangen in ihrer persönlichen Not, im Haushalt, im Erwerb, in Ehe und Familie, daß sie das Gemeinsame nicht sehen und die Mitkämpferin, die Schwester und Genossin an ihrer Seite nicht erkennen. Noch suchen viele Hilfe und Befreiung auf falschen Wegen. Das gilt nicht nur für die indischen und chinesischen Frauen, sondern auch für Europa und Deutschland, wo viel zu viele sich in die Kirchen und Sekten, in bürgerliche Frauenemanzipation und Nationalsozialismus verirren.

Diese alle gilt es zu wecken und zu sammeln. Wir wollen das große Zeichen aufpflanzen, das dem Ringen und Kämpfen aller Frauen auf der Erde das Ziel setzt, das Zeichen der internationalen Solidarität, der kommenden Freiheit und Gerechtigkeit:

Proletarierinnen aller Länder, vereinigt euch!

werden, sobald sie Anspruch auf volle Entlohnung haben.

In den Kreisen der Erzieher spricht man heute viel von der Eignung und Fähigkeit des jungen Menschen, die allein für seinen Beruf bestimmend sein müssen. Das klingt sehr schön, aber wenn die jungen Menschen Arbeit suchen, dann sieht es ganz anders aus. John mag die Anlagen zu einem Edison oder Einstein haben, aber wenn ein Fleischermeister einen Lehrling sucht, wird John Fleischerlehrling. Jill mag das klügste Mädel ihres Alters sein und den Wunsch haben, weiterzulernen; aber wenn daheim viele hungrige Mäuler sind und wenig Brot, dann muß sie Geld verdienen und Töpfe und Tiegel scheuern. Nicht Fähigkeit und Begabung entscheiden über die Zukunft des Kindes, sondern die Verhältnisse zu Haus, in der Wirtschaft und die Zufälligkeiten, die sich ihm bieten.

Die Verteidiger des kapitalistischen Systems wollen uns einreden, daß auch die niedrigste Herkunft für die Entwicklung und den Erfolg kein Hemmnis ist, wenn ein Kind nur begabt und energisch ist. Nichts kann weiter von der Wahrheit entfernt sein. Einige wenige mögen wohl, wenn persönliche Tüchtigkeit und glückliche Zufälle zusammentreffen, trotz allem weiterkommen. Aber der übergroßen Mehrheit ist niemals die Möglichkeit gegeben, die persönlichen Qualitäten wirklich zu entfalten und zu verwerten.

Wenn diese Tatsachen erst einmal klar erkannt sind, muß auch der begeistertste Erziehungsreformer, der ehrlich bestrebt ist, für die Kinder der Arbeiterklasse eine ideale Schule und ein ideales Erziehungssystem zu schaffen, einsehen, daß er, um dieses Ziel zu erreichen, gegen das bestehende kapitalistische System kämpfen muß.

Davon zu träumen, innerhalb der Fesseln dieses Systems dem Arbeiterkind eine Lebenschance zu erobern, bedeutet — sich und andere mit einer leeren Illusion erfüllen.

Die deutschen Fürsorgezöglinge

Von insgesamt 89 593 Fürsorgezöglingen in Deutschland im Jahre 1930 entfielen auf Preußen 54 280. Aus dieser statistischen Feststellung ergibt sich also, daß Preußen prozentual — was die Anzahl von Fürsorgezöglingen anbetrifft — alle anderen Länder zusammen um ein Erhebliches übertrifft. Rund 57 Prozent der Gesamtzahl der deutschen Fürsorgezöglinge stellten männliche und nur 43 Prozent weibliche Zöglinge dar. Durch den in Deutschland besonders fühlbaren Geburtenrückgang und die ablehnende Einstellung eines großen Teiles der Vormundschaftsrichter in Fragen der Fürsorgeerziehung offenbaren die angegebenen Ziffern einen Rückgang von rund 8000 Zöglingen gegenüber dem Jahre 1928. Die Fürsorgezöglinge sind nicht durchweg in Anstalten untergebracht. Im Gegenteil ist zu bemerken, daß nicht weniger als 51,1 Prozent nicht der Pflege von staatlichen Anstalten überantwortet wurden, sondern in Familienpflege, Dienst oder Lehre gegeben wurden. Weitere 44,5 Prozent befinden sich in Anstalten, der Rest entfällt auf Krankenhäuser, Heilanstalten und Gefängnisse.